

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 191 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 12/2010 VOM 8. DEZEMBER 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Bürgermeister Boginski**
seit vier Jahren im Amt
Nachklang zum Bergfest

7 | **Altersarmut im**
Landkreis Barnim
DGB gegen Rente mit 67

8 | **In Memoriam**
Eberhard Paul
Der Tod eines Aufmüpfigen

Wieviel Polizei brauchen wir?

Im Zusammenhang mit einem in den nächsten Jahren landesweit geplanten Stellenabbau bei der Polizei und mit der Veränderung der räumlichen Verteilung von Dienststellen über das Land sind die Wellen in den vergangenen Wochen hochgeschlagen. Jede Stadt, jeder Kreis meldet sich zu Wort und fordert: Kein Abbau der Polizei, jedenfalls nicht bei uns!

Niemand kann sich jedoch dem Argument verschließen, daß weniger Menschen, also immer weniger Steuerzahler, natürlich auch nur weniger Polizei bezahlen können. Jeder hat natürlich ein Bedürfnis nach Sicherheit und viele glauben ernsthaft, daß mehr Polizisten auch mehr Sicherheit bedeuten. Hier scheinen mir Zweifel angesagt.

Wir nehmen fast täglich zur Kenntnis, wo es größere und kleinere Ereignisse gibt, bei denen viel, oft sehr viel Polizei zum Einsatz kommt. Ich nenne ein paar Beispiele: Demonstrationen gegen Fluglärm, gegen Sozialabbau, gegen Firmenschließungen, gegen Großprojekte, Castortransporte, bei Reisetätigkeit und Treffen von Politikern, bei Fußballspielen und anderen Sportereignissen, Demonstrationen von »Linken« gegen »Rechte« und umgekehrt, Großeinsätze gegen – überwiegend – internationale Verbrecherbanden, Durchsetzung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und Ersatzvornahmen, Bekämpfung von Korruption und nicht zuletzt die allseits beliebten Verkehrskontrollen. Bei letzteren wissen wir, daß hier nicht die Verkehrserziehung im Vordergrund steht. Die ist allenfalls ein Abfallprodukt. Es geht in erster Linie darum, Geld einzunehmen – mit Erfolg! Bei der Korruption scheint die Polizei weniger Erfolg zu haben. Warum? Das wäre eine besondere Betrachtung wert. Bei fast allen Einsätzen, auch Großeinsätzen, geht es offensichtlich nicht um den Schutz der Bürger sondern um den Schutz bestimmter Gruppen oder auch Einzelpersonen vor dem Bürger.

Abgesehen von diesen Großeinsätzen stellt der aufmerksame Zeitungsleser immer wieder fest, daß es bestimmte Randgruppen sind, welche den größten Teil der Polizeikräfte binden. Nicht selten liest man dann von Gewohnheitsverbrechern und Wiederholungstätern, die immer noch und immer wieder frei herumlaufen dürfen, so wie korrupte Beamte, Richter und Politiker. Man liest von deutschen und auch ausländischen Banden und Clans, die gegeneinander regelrecht Krieg führen, Angehörigen militanter Religionen und Migrantengruppen und den angeblich allgegenwärtigen Terroristen.

Das bedeutet im Klartext, daß die Polizei durch zahlenmäßig kleine Gruppen von Menschen gebunden wird und der größte Teil der Bürger kaum einmal einen Polizisten zu Gesicht bekommt. Wer hat in der Stadt schon einmal eine Polizeistreife gesehen, die zu Fuß (!) unterwegs war? Der Normalbürger scheint nur eine Aufgabe zu haben: die Polizei zu bezahlen. Diese Aufgabenverteilung halte ich für extrem ungesund.

Wenn es gelingt, die Lebensbedingungen für alle Menschen erträglich und lebenswert zu gestalten – ein reiches Land kann das! – auch jungen und weniger begabten Menschen eine Perspektive zu bieten, wenn Gerechtigkeitssinn und ein menschliches, ehrliches Miteinander endlich wieder Hauptinhalt der Politik werden, dann würde den Randgruppen der Boden unter den Füßen weggezogen. Dazu gehört, daß endlich nicht immer nur von Bildungspolitik gefaselt wird sondern gute Bildungspolitik durchgesetzt wird – wir können das!

Dazu gehört auch eine kluge Sozialpolitik, welche den Leistungswillen der Menschen fördert. Dann bekämen wir urplötzlich wieder alle etwas mehr Polizei zu sehen, auch wenn es insgesamt weniger Polizisten



Kampferprobe Elitepolizisten »begleiteten« im Sommer 2000 nach dem Tod von Falco Lüdtko die Demonstration gegen rechte Gewalt in Eberswalde. Dabei griffen sie die Demonstranten mehrfach unprovokiert an und hielten das Ganze per Video fest.

gibt. Mit diesem Gedanken könnte ich mich anfreunden. Vielleicht hänge ich da aber nur Illusionen nach weil es – wegen der Wolfsgesetze – nur noch Wölfe gibt.

Nun muß ich mich bei den Wölfen entschuldigen, dieser Vergleich war nicht sehr glücklich. Wölfe sind kluge, soziale Wesen mit einem ausgeprägten Sinn für ein funktionierendes Zusammenleben. Jeder achtet den anderen und respektiert und toleriert ihn – oder haben Sie schon einmal gehört, daß Wölfe eine Polizei brauchen?

JOHANNES MADEJA

Was ist »Bürgerarbeit«?

Für die Bürger des alten Roms war Arbeit etwas für Sklaven. Daran orientierten sich auch die Feudalherren des Mittelalters, die sich hochstehend über ihren abhängigen Bauern wählten.

In den mittelalterlichen Städten entwickelte sich eine andere Species. Bei den Städtebürgern hatte die Arbeit einen anderen Stellenwert. Es war die eigene fleißige Arbeit, die zu Wohlstand und Ansehen führte. Diese Bürger waren stolz auf sich und ihre Arbeit. Bürgerarbeit, die zu Wohlstand führt.

Das die erfolgreicherer Bürger bald die Arbeitskraft ihrer weniger erfolgreichen Mitbürger einkauften und zum eigenen Wohl verwerteten, ließ diesen Stolz nicht geringer werden. Schließlich konnte ja jeder mit entsprechendem Fleiß und Geschick die Stufen zum Erfolg schaffen. Wie dem auch sei, die Begriffe »Bürger« und »Arbeit« gehörten zusammen. Bürgerarbeit – wie stolz das klingt.

Die Zeit verging. Die Städtebürger entwickelten sich weiter zum Bourgeois auf der einen und dem Proletarier auf der anderen Seite. Dazwischen halten sich kleinbürgerliche Schichten, zu denen auch die privilegierten Lakaien der absolutistischen Fürsten, später Angestellte des bürgerlichen Staats, gehören, die sich selbst als »Bildungsbürger« verstehen (vgl. hierzu BBP 3/2009).

Für alle blieb fleißige Arbeit DAS Ideal. Alle begriffen sich als Bürger im Sinne des französischen »Citoyen«, als Staatsbürger.

Arbeit und Bürgerarbeit waren Synonyme.

Doch neuerdings bedeutet »Bürgerarbeit« etwas anderes. In der Uckermark geht man hier mit »Aktiv in der Uckermark« voran. Zunächst wird Empfängern von Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«) eine »Maßnahme zur Aktivierung« zur Teilnahme »vorgeschlagen«. Im Falle der Ablehnung oder unentschuldigter Fehlers drohen freilich empfindliche Sanktionen, so daß statt »Vorschlag« eher »Zwangmaßnahme« den inhaltlichen Kern trifft.

Die »Aktivierungsphase«, während der man nicht in der Arbeitslosenstatistik mitzählt, soll jeder Teilnehmer »mindestens sechs Monate« über sich ergehen lassen. Danach dann die Chance, in die »Bürgerarbeit« eingegliedert zu werden. In eine Arbeit für Niedriglohn unter Tarif. In eine Arbeit, bei der die meisten Betroffenen weiterhin ergänzendes ALG II in Anspruch nehmen müssen.

Diese neuartige »Bürgerarbeit« führt weder zu Wohlstand noch zu Ansehen.

Nur diejenigen, »die trotz aller arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen keinen regulären Arbeitsplatz gefunden haben, sollen in gemeinwohlorientierte 'Bürgerarbeit' münden«.

Diese »Bürgerarbeit« ist also das letzte, was für ausranierte Proletarier vorgesehen ist.

Für die Bürger des alten Roms war Arbeit etwas für Sklaven. Heutige »Bürgerarbeit« hat nicht mal den Wert von Sklavenarbeit.

GERD MARKMANN

DSL-Ausbau in Eberswalde

Schnelles Internet für über 500 Haushalte bis Oktober 2011

Die Bürgerinnen und Bürger in der Clara-Zetkin-Siedlung im Ortsteil Finow und in den Ortsteilen Sommerfelde und Tornow der Stadt Eberswalde kommen bis Oktober 2011 in den Genuß von schnellem Internet der Deutschen Telekom. Die Geschwindigkeit der Daten-Übertragung wird je nach Entfernung zum Schaltgehäuse bis zu 16.000 Kilobits pro Sekunde im Download erreichen. Der DSL-Ausbau in Eberswalde ist jetzt vertraglich mit der Telekom vereinbart worden.

»Wir freuen uns, daß wir eine Lösung gefunden haben, unsere Gemeinde mit Breitbandzugängen zu versorgen«, so der Bürgermeister der Stadt Eberswalde, Friedhelm Boginski. »Damit bietet die Deutsche Telekom unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber vor allem auch den Gewerbetreibenden, eine wichtige Infrastrukturverbesserung im ländlichen Raum, denn die Breitbandversorgung wird immer mehr zu einem wichtigen Standortfaktor«, so Boginski weiter. »Gern gehen wir als Stadt dazu auch in die Vorfinanzierung für Sommerfelde und Tornow über mehr als 38.000 Euro. Eine Summe, die das Land mit 90 Prozent fördert. Nur rund 6500 Euro wenden wir als Stadt für diese wichtige Entwicklung in unseren Ortsteilen dann schließlich auf.«

Allein 2009 hat die Telekom rund 300 Millionen Euro in den Breitbandausbau investiert. Seit 1999 hat das Unternehmen damit rund zehn Milliarden Euro in die Breitbandinfrastruktur gesteckt. »Wir investieren nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in ländliche Gebiete«, sagt Harald Engler, Ansprechpartner der Telekom für die Kommunen in Branden-

burg. »Wir freuen uns sehr, daß damit weitere 'weiße Flecken' von der Landkarte verschwinden und wir mit unseren Bemühungen, DSL auch in ländlichen Regionen zur Verfügung zu stellen, wieder ein Stück vorankommen.«

Der DSL-Ausbau ist teuer: Ein Kilometer Kabelarbeiten mit Tiefbau kostet bis zu 50.000 Euro. In vielen Fällen setzt der Konzern deshalb auf Kooperationen mit den Gemeinden. Mehr als 1.500 Kooperationen hat die Telekom inzwischen vereinbart.

Die Internetgeschwindigkeit hängt davon ab, wie nah der Kunde am nächsten Knotenpunkt wohnt. Denn die herkömmliche Telefonleitung, über die der Datenstrom ab dieser Vermittlungsstelle geschickt wird, dämpft das Signal Meter um Meter. Ab einer Entfernung von rund fünf Kilometern spielt die Physik im Kupferkabel nicht mehr mit. Um die Bürger in den Ortsteilen von Eberswalde mit DSL zu versorgen, wird die Deutsche Telekom drei Knotenpunkte aufbauen bzw. modernisieren und über sechs Kilometer Kabel neu verlegen.

GEORG von WAGNER, Deutsche Telekom AG

Ein Jahr im Landtag – Drei Bilanzveranstaltungen

An drei kalten Winterabenden machte ich mich auf den Weg – zu Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises. Von Werneuchen ging es nach Basdorf und dann zum Heimspiel nach Chorin. Und es wurde von Abend zu Abend kälter – was jedoch nur die Außentemperaturen betraf.

In den Räumen ging es teilweise ziemlich heiß zu. Ich berichtete sehr offen über meine Arbeit und meine teilweise Unzufriedenheit mit den Mechanismen der Landespolitik. Auf drei Ebenen muß man hier bestehen: zunächst in der eigenen Fraktion, dann mit dem Koalitionspartner und dann noch im Streit mit Opposition. Leider kann ich noch nicht auf allzu große Erfolge auf meinem Politikfeld verweisen und oft gehe ich auf Straßen, die sich als eine Sackgasse herausstellen. Ich berichtete auch, daß ich schon einige Male gegen meine Fraktion stimmen mußte, da ich sonst nicht vor mir und meinen Wählerinnen und Wählern bestehen konnte. Doch leicht fällt so eine Entscheidung nicht.

Immer wieder kam der Appell: Macht euch endlich stark, macht endlich mal gute linke Politik und beschäftigt euch weniger mit euch selbst. Und setzt euch auch mal gegenüber der SPD durch. Es kamen Anfragen, Meinungen und Hinweise zur Energie-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Kommunalpolitik. Auch einige nachdenkenswerte Vorschläge.

Besonders gut besucht war die Veranstaltung in Wandlitz (Basdorf), wo ich immer wieder auf engagierte Menschen treffe. Sie fanden es sehr gut, daß ich mir die Zeit genommen habe und auch außerhalb des Wahlkampfes immer wieder zu ihnen komme. Ein junger Mann, der schon oft bei Veranstaltungen dabei war, sagte mir am Ende des Abends, daß er nur wenige Politiker kennt, die so authentisch sind wie ich. Klar, ich bin auch für Lob empfänglich.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Bildungsstammtisch

Der Kreisverband der FDP im Barnim lädt am 10. Dezember 2010, um 19 Uhr, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der Medien, zu einem Bildungsstammtisch, in das Weinkontor in der alten Ofenfabrik (Friedrich-Engels-Straße 14, 16225 Eberswalde) ein.

Wir freuen uns als Gast Herrn Andreas Büttner (MdL), bildungspolitischer Sprecher und Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg begrüßen zu dürfen. Gemeinsam mit dem Gast möchten wir die letzten 20 Jahre Bildungspolitik im Land Brandenburg erörtern und Vorstellungen einer neuen Schulpolitik diskutieren. Die Veranstaltung wird vom Kreisvorsitzenden der FDP Barnim, Herrn Gregor Beyer (MdL), moderiert. Wir freuen uns Sie begrüßen zu dürfen.

SERGEJ MATIS

Dem Dorf fehlt die Welt

In der BRD gibt es keine Verpflichtung zur Grundversorgung mit Breitband (im Gegensatz z.B. zur Schweiz, wo zumindest eine Basisversorgung mit 600k gewährleistet sein muß). Seit der Entscheidung Anfang der 60er Jahre, die deutschen Haushalte (der westl. BRD) mit Kupfer-Doppeladern zu erschließen (bei damaliger Penetration von ca. 6% aller Haushalte), hat sich die öffentliche Hand aus der Telekommunikations-Infrastruktur komplett zurück gezogen. Ende der 70er, Anfang der 80er wurden Teile der BRD noch mittels Koaxial-Kabel öffentlich gefördert versorgt. Seit dem tritt »der Staat« als Investor bzgl. TK-Infrastruktur nicht mehr auf.

»Für viele Internetnutzer in Deutschland stellt die Diskussion um VDSL allerdings ein Luxusproblem dar, denn das Angebot ist auf wenige Großstädte beschränkt. In eher ländlich geprägten Räumen ist schon das ADSL-Angebot lückenhaft. Das Problem am weiteren DSL-Ausbau liegt in den hohen Kosten dafür, die Leitungen zu verlegen und die DSL-Technik näher zum Kunden in Gebieten mit geringer Absatzdichte zu bringen....«

MATTHIAS KURTH, Präsident der Bundesnetzagentur, VATM-Jahrbuch 2006, S. 41

Die großen Unternehmen können fast nur in Groß- und Mittelstädten konkurrenzfähig Gewinn erwirtschaften. Hinzukommt, daß der Kapitalbedarf für eine flächendeckende Breitbandversorgung groß ist. Die Deutsche Telekom hätte, auch wegen der schwindenden Marktanteile, längst im ländlichen Raum investiert, wenn für sie ausreichend Gewinn erzielbar wäre. Vergleichbares gilt für die UMTS-Versorgung des ländlichen Raums durch T-Mobile, Vodafone oder andere.

Heute erhalten Endkunden im ländlichen Raum – wenn überhaupt – nur die niedrigstmöglichen DSL-Bandbreiten für Internet und Sprachdienste. Die in den Städten verfügbaren großen Bandbreiten (verbunden mit niedrigen Preisen) sind hier bis auf kleine Ausnahmen,

nicht erhältlich. Auch die Versorgung für Gewerbetreibende entspricht bei weitem nicht dem Standard, der in Städten heute möglich ist. Im Ergebnis wird »das flache Land« (auch das »hügelige«) von den modernen Netzen abgehängt, bzw. nur sehr langsam angebunden. Die Alternativangebote auf Basis von Funktechnik können in keiner Weise die heute bereits möglichen Bandbreiten in kabelgebundenen Festnetzen von über 10 Megabit/s pro Endverbraucher liefern.

Fazit: Es fehlen attraktive Geschäftsmodelle für den ländlichen Raum.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht das Problem sehr gut. Auf einer vergleichsweise geringen Fläche Deutschlands (9%) lebt fast die Hälfte der Bevölkerung, mit zunehmender Tendenz. Daher ist es in den Städten sehr viel einfacher, die so genannten Skaleneffekte zu erzielen. In ländlich strukturierten Gegenden können diese Skaleneffekte teilweise gar nicht, oder nur sehr eingeschränkt, erzielt werden. Als Ergebnis der Privatisierung der Post und Telekommunikation Anfang der 90er investiert die privatisierte Deutsche Telekom überwiegend in ihre bereits verlegte Infrastruktur, um die hohen Verzinsungsanforderungen des globalisierten Kapitalmarktes zu bedienen. dasselbe gilt für ihre privaten Wettbewerber.

Der ländliche Raum, und damit seine Bewohner und Gewerbetreibenden, erleiden durch die technischen Grenzen der alten Kupfer-Infrastruktur massive Nachteile im (internationalen) Standort-Wettbewerb: Schlechtere Versorgung der Schulen und Kinder, schlechtere Versorgung der Wohnbevölkerung, höhere Kosten für die Netzanbindung von Filialen und größeren Firmen-Standorten an Rechenzentren, Wegzug von Gewerbe, Steuererminderungen.

Fazit: die ländlich strukturierten Gebiete werden buchstäblich abgehängt und sind damit (überspitzt formuliert) die Verlierer der Privatisierung.

PHILIPP SCHÖNING

Einteilung	km ²	Einwohner	pro km ²	Gebiets %	Einwohner %
Städtisch	32.212,20	40.270.497	1.250	9,02	48,81
»Halb«-Städtisch	132.537,59	29.537.164	223	37,12	35,80
Ländlich	192.295,85	12.693.188	66	53,86	15,39
Summe	357.045,64	82.500.849	231	100,00	100,00

Quelle: Destatis 2006, Zahlen Stand Ende 2004

Fehlende Information

Ahrenfelde (bbp). Das Thema DSL ist für viele Bürger aus Mehrow und Blumberg immer noch aktuell, die Situation hat sich bisher nicht verbessert. Nicht nur Privatleute unter dem Problem des fehlenden Breitband-Internet-Anschlusses zu leiden, sondern auch vor allem kleine Unternehmen. Die Investplanung der Gemeinde Ahrenfelde für 2011 wird demnächst verabschiedet. Investitionen zum Thema Breitbandversorgung sind dabei offensichtlich nicht geplant.

»Es ist enttäuschend«, wandte sich Torsten Westphal von der Bürgerinitiative »DSL nach Blumberg« an Bürgermeister Wilfried Gehrke (CDU), »daß Sie sich zum Thema Breitbandversorgung in unserer Großgemeinde weiterhin bewußt nicht öffentlich äußern. Es erfolgte bisher keine Information zum Sachstand, keine Information zu Rahmenbedingungen, keine Information zu Entscheidungsgrundlagen oder Alternativen – auch nicht auf direkte Anfrage. Obwohl Sie die Kritik am Mangel an Information auf der Bürgerversammlung in Mehrow scheinbar angenommen haben, ist bisher keine Änderung an der Informationspolitik spürbar.«

Auf der Gemeinderatssitzung am 20. September hatte der Bürgermeister informiert, daß die Telekom eine Lösung für die DSL-Breitbandversorgung anbiete. Laut Sitzungsprotokoll sagte Gehrke, »daß sich die Gemeinde engagieren und prüfen will, welche technischen Lösungen gemeinsam mit der Telekom umgesetzt werden können.« Schon in der Vergangenheit hatte die Telekom ein konkretes Angebot unterbreitet. Die Deckungslücke von 300 - 400.000 Euro war damals aus Sicht der Gemeinde nicht zu schließen. »Ihre Antwort und das Agieren zum Thema Breitbandversorgung«, so Westphal, »ist für mich in der Tat unbefriedigend: Einerseits versuchen Sie im direkten Gespräch den Eindruck zu vermitteln, die Gemeinde treibe eine kurzfristige Lösung voran. Andererseits ist genau das unveränderte Zustand seit 2008 – ohne sichtbare Bewegung. Es gibt keine konkreten Fakten, keine Informationen. Es ist nicht klar, wer auf wen oder was wartet. Damit kann weder in der Sache diskutiert werden, noch können Mehrheiten für eine Entscheidung gesucht werden. Bitte informieren Sie über die konkreten Aktivitäten. Wann hat es das letzte Gespräch mit der Telekom gegeben, mit welchem Ergebnis? Wann ist das nächste Gespräch geplant? Wer prüft in der Gemeinde welche Sachlage, wer wartet auf welche Information?«

Gaspreiserhöhung und Versorgungssperre

Neben Mieten, Fernwärme, Strom, Trink- und Abwasser liegt auch die Gasversorgung im Blickwinkel der Stadtverordneten. War es in der Vergangenheit die Fraktion der Allianz freier Wähler, welche die Bürger in ihrem Widerstand gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen beim Erdgas unterstützte und selbst Teil des Widerstandes war, nehmen nun die »Fraktionslosen« diese kommunalpolitisch wich-

tige Aufgabe war. Dazu besteht aktuell Anlaß, da der Erdgasversorger EWE eine Preiserhöhung auf eine Höhe ankündigte, gegen die streitbare Bürger jahrelang widersprochen und die Zahlung verweigert hatten (vgl. S. 9). Das erfolgte wegen fehlendem Nachweis der Erforderlichkeit, Angemessenheit, Nachvollziehbarkeit und der prüffähigen Offenlegung der Kalkulationsgrundlagen. EWE hat nun rechtswid-

rig mit Versorgungssperre gedroht, worauf die erzürnten Bürger neben Widerspruch gegen die Preiserhöhung EWE zur Zurücknahme der Sperrandrohung aufgefordert und ihm Hausverbot erteilt haben. Zugleich wandten sie sich mit einer Schutzschrift gegen die Aufhebung des Hausverbotes an das Gericht. Die »Fraktionslosen« fordern von EWE die Einhaltung von Recht und Gesetz und stehen voll und ganz auf der Seite der widerständigen Bürger.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Helfendes Frauenhaus

Das Frauenhaus Barnim besteht seit 1991. Der Träger für frauen e.V. verfügt über keine Eigenmittel und ist auf Zuschüsse der Kommunen, Spenden und Bußgeldern angewiesen. Zwei Sozialarbeiterinnen unterstützen und beraten Frauen mit ihren Kindern, die in der Partnerschaft von Gewalt bedroht oder betroffen sind. Unsere Einrichtung befindet sich im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde und besteht aus vier Wohnungen. Drei Wohnungen bewohnen die Frauen und Kinder, in einer Wohnung sind Aufenthalts- und Beratungsräume. Wir unterstützen die Frauen bei der Suche nach einer neuen Lebensperspektive und bestärken sie, ein eigenständiges Leben mit ihren Kindern zu führen. In diesem Jahr suchten 28 Frauen im Alter von 18 bis 83 Jahren mit 33 Kindern das Frauenhaus auf. Zu unseren Angeboten gehören auch die telefonische, ambulante, die aufsuchende sowie die nachgehende Beratung. In akuten Notfällen bei häuslicher Gewalt sind wir auch außerhalb der Dienstzeit erreichbar (Tel. 03334/360222).

Wegen rückläufiger Spenden, Bußgeldern sowie zum Teil Kürzungen der kommunalen Zuschüsse ist die wirtschaftliche Lage des Frauenhauses zurzeit sehr angespannt. Anschaffungen und Reparaturen müssen zurückgestellt werden, da die finanziellen Mittel fehlen. Für Spenden wären wir sehr dankbar (Konto: 3301 361403, BLZ 17052000, Sparkasse Barnim).

BÄRBEL BEDURKE

Weg frei für Vereinshaus-Sanierung

Die Eberswalder Stadtverordneten stellten auf ihrer Sitzung am 25. November das Signal für die mehr als überfällige Sanierung des Vereinshauses (ehemals Kita Spatzenest) in der Havellandstraße 15 im Brandenburgischen Viertel auf Grün. Schwerpunkt der Sanierung wird die Herstellung der Energieeffizienz und die Barrierefreiheit sein. Die Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. (WBG) als Eigentümerin setzt damit erneut ein deutliches Signal für ihr projektbezogenes soziales Engagement in einem Ortsteil mit sozialen Herausforderungen. Und das in der unternehmerischen Gewißheit, daß dies kein Renditeprojekt ist.

Noch in der Sondersitzung des Hauptausschusses im Juli sah sich Bürgermeister Boginski genötigt, eine diesbezügliche Vorlage zurückzuziehen um nicht ein Scheitern zu riskieren. Schuld daran war unter anderen, daß die Amtsleiterinnen der beteiligten Fachämter, dem Amt für Jugend, Bildung und Sport sowie dem Stadtentwicklungsamt, den Mitgliedern des Hauptausschusses nicht schlüssig und transparent erläutern konnten, warum es notwendig ist, an einem Vereinshaus festzuhalten, dieses zu sanieren und einen nicht unerheblichen finanziellen Beitrag aus dem Stadthaushalt beizusteuern.

Bürger- und Ordnungsamt Eberswalde:

Nun doch: Außenstellen sollen weg

Sprecherrat im Viertel appelliert an Stadtverordnete, die Außenstellen zu erhalten

Eberswalde (bbp). Nur vorübergehend kamen die Einwohnerinnen und Einwohner in Finow und im Brandenburgischen Viertel im Laufe des Jahres 2010 in den Genuß, die Türen der Außenstellen des Bürgeramtes offen vorzufinden. Während der sommerlichen Urlaubszeit währte vom 21. Juni bis 21. August die erste Schließzeit. Schon nach einem weiteren Monat kam die Meldung, daß die Außenstellen, wiederum »wegen Krankheit«, ab dem 27. September 2010 »vorübergehend geschlossen« würden. Im Oktober informierte schließlich – nach hartnäckigen Nachfragen des Ortsvorstehers Carsten Zinn – der Erste Beigeordnete Lutz Landmann den städtischen Hauptausschuß, daß die Bürgeramtsaußenstellen in diesem Jahr gar nicht mehr aufmachen.

Inzwischen sind nun die Weichen auf eine endgültige Auflösung der Außenstellen ab 1. Januar 2011 gestellt. Eine entsprechende Verwaltungsvorlage (BV/467/2010) passierte bereits unter mehrheitlicher Zustimmung den Finanzausschuß. Am 7. und 9. Dezember beraten der Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration sowie der Hauptausschuß, bevor die Stadtverordneten am 16. Dezember über die Vorlage beschließen. »Die beiden Außenstellen waren bislang jeweils an 2 Tagen in der Woche geöffnet«, heißt es in der Sachverhaltsdarstel-

lung. »Obwohl ihre Einzugsgebiete an der Einwohnerzahl gemessen etwa fast 40 % der Gesamtbevölkerung betragen, werden beide Außenstellen insgesamt nur zu etwa 18,7 % von den Bürgerinnen und Bürgern nachgefragt und zwar mit fallender Tendenz.« Daß diese »fallende Tendenz« damit zusammenhängen könnte, daß die Außenstellen bereits jetzt zu sind, geht aus der Darstellung der Verwaltung freilich nicht hervor.

Die Einsparung wird mit 64.290 Euro pro Jahr beziffert, ohne daß diese Zahl weiter erläutert wird. Hinzu kommen eingesparte Investitionen in Höhe von 4.816 Euro im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Personalausweiserstellung und der hier erforderlichen technischen Ausstattung.

Im Sprecherrat »Soziale Stadt« des Brandenburgischen Viertels trifft die Schließung auf Ablehnung. Eine Information seitens der Stadtverwaltung an den Sprecherrat unterblieb. Auf der Sprecherratssitzung am 29. November konnten die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter entsprechende Fragen von Sprecherratsmitgliedern nicht beantworten. Der Sprecherrat beauftragte den stellvertretenden Vorsitzenden Enrico Budach, am 16. Dezember zur Einwohnerfragestunde der StVV-Sitzung an die Stadtverordneten zu appellieren, gegen die Schließungsvorlage zu stimmen.

wacht, ist es wichtig über eine Vereinstätte zu verfügen, die endlich den äußeren Charme einer schlechteren »Obdachlosenunterkunft« verliert, die Betriebskosten spart und wo Barrierefreiheit kein Fremdwort mehr ist. Die WBG sollte auch eine klare Übereinkunft mit allen bisherigen und künftigen MieterInnen zum Procedere der Innen- und Außenpflege des Vereinshauses treffen. Dies auch unter Berücksichtigung der Wintersaison 2010/2011.

Abschließend möchte ich mich bei allen Stadtverordneten bedanken die trotz meteorologischer Kälte sich für das Vorhaben erwarnten konnten und trotz vielfach berechtigter Bedenken mit ihrem Votum ein deutliches soziales Signal für die an der Havellandstraße 15 im Brandenburgischen Viertel ansässigen Vereine und Initiativen gesetzt haben.

Dank gilt allen MitarbeiterInnen der Arbeitsebene der WBG und der Stadtverwaltung Eberswalde, die die notwendigen und teilweise nicht einfachen, aber sehr wichtigen Vorarbeiten geleistet haben. Stellvertretend sei an dieser Stelle der »intellektuelle Vordenker und schlitzohrige Macher« im Programm »Soziale Stadt« Burkhard Jungnickel aus dem Stadtentwicklungsamt des Eberswalder Rathauses genannt.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher
Brandenburgisches Viertel, Stadt Eberswalde

Nachklang zum Bergfest

Bürgermeister Friedhelm Boginski seit 4 Jahren im Amt

Am 30.11.2006 trat Bürgermeister Friedhelm Boginski seinen Dienst an, nachdem er gegenüber fünf Mitbewerbern und schließlich in einer Stichwahl gegen den stellvertretenden Landrat Carsten Bockhardt die meisten Stimmen für sich verbuchen konnte und somit für acht Jahre in das Amt gewählt worden war. Die erste Hälfte seiner Amtszeit ist nun um. Zeit für eine Bilanz.

Es lag nahe, daß der Bürgermeister die StVV-Sitzung am 25. November für seine Halbjahresbilanz nutzt, zumal er eine Woche zuvor eine solche seinen Parteifreunden von der FDP präsentiert hatte. Doch entsprechende Erwartungen wurden enttäuscht und die Bürgermeisterhalbjahreszeit mit keinem Wort erwähnt.

Meine persönlichen Glückwünsche zum Bergfest vor Beginn der StVV erstaunten den Bürgermeister. Wäre es denn üblich, zum Bergfest Glückwünsche auszusprechen? Durchaus nicht ganz ernst gemeint antwortete ich, es sei in Eberswalde durchaus nicht üblich, daß der Bürgermeister die volle Wahlperiode im Amt bleibe. Insofern steht das Bergfest zugleich für Erfolg und Hoffnung.

Zu messen ist die Arbeit des Bürgermeisters vor allem an seinen selbst erklärten Zielen und Versprechen, für die er schließlich auch gewählt wurde. Mir war daran immer besonders wichtig, daß Bürgermeister Boginski transparent, parteienunabhängig und -übergreifend sowie sachorientiert handeln wollte. So hatte er es in seiner Antrittsrede erklärt. Wichtig auch das Versprechen, sich um größtmögliche Bürgernähe zu bemühen. In der FDP-versammlung erklärte er dazu, er habe diese Zielstellung erreicht. Mit Blick auf die nächsten vier Jahre erklärte er: »Wir wollen natürlich versuchen, auch die Bürgerinnen und Bürger noch mehr ins aktuelle Geschehen hineinzukriegen« (ODF TV).

Das sind hohe, ja sehr hohe Ziele. Aber sind wir in Eberswalde tatsächlich über Ansätze hinausgekommen? Hier einige Aspekte:

- Der positiv zu bewertende Versuch eines Bürgerhaushalts hat bisher keine nennenswerten Ergebnisse gebracht. Eine kritische Analyse ist dringend geboten.

- Transparenz in kommunalen Unternehmen ist noch immer nicht gegeben. Daß der Bürgermeister zugleich Gesellschaftsvertreter und Aufsichtsratsvorsitzender der WHG ist, ist nicht die beste demokratische Lösung.

- Die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Anliegerstraßen wurde nicht in die überarbeitete Satzung aufgenommen.

- Die Bürger erwarten, daß sich der Bürgermeister für die Rekommunalisierung der Energieversorgung einsetzt. Der Bürgermeister sollte ein Zeichen setzen, in dem er sich zu dieser Zielstellung bekennt und seine Verwaltung auf diese Aufgabenstellung - als Teil der Daseinsvorsorge - einstimmt.

Derzeit läuft in Eberswalde die jährliche Haushaltsdebatte. Die Haushaltssituation ist schwierig und erfordert grundsätzliche Er-

wägungen zu einem Kurswechsel. Ich erachte es für notwendig, alle Investitionen auf den Prüfstand zu stellen und auf einen Teil zu verzichten, um den Haushalt zu entlasten.

Statt das Museum abzugeben, sollte auf den Eichwerder Ring verzichtet werden. Statt Grundstücke zu kaufen und städtische Mittel in die Entwicklung von Grundstücken zu stecken (z.B. Wohnpark Finow, »Bürgerbildungszentrum« Puschkinstraße), sollte privaten Investoren der Vorrang eingeräumt werden. Wo privates Interesse fehlt, hat die Stadt erst recht nichts verloren. Gar privaten Trägern Konkurrenz zu machen, wie beim Bau einer Kita durch den Dreist e.V., verstößt gegen die Interessen der Stadt. Leider ist städtische Investitionspolitik insgesamt noch immer in erster Linie auf die Jagd nach Fördermitteln ausgerichtet und von daher sehr fragwürdig. Nach den aktuellen Entwicklungen sollte der Flugplatz Finow keinen Platz mehr im Wirtschaftsentwicklungskonzept der Stadt haben.

Auch städtebaulich gesehen ist die gegenwärtige Strategie überdenken. Notwendig ist die Schrumpfung der Stadt auf ihre Kerne. Investitionen auf der grünen Wiese, wie z.B. an der Kreuzung Spechthausener Straße/Eberswalder Straße, sind fehl am Platze. Die »Verdichtung des Zentrum« beschert der Stadt weitere Probleme - einerseits Verkehrsprobleme, andererseits die Verödung im Zentrumsumfeld. Das langsame Sterben des Brandenburgischen Viertels konnte bisher nicht aufgehalten werden. Es wird durch die städtische Politik teilweise noch begünstigt (Kitaschließung, Schulpolitik, Außenstellen Bürgeramt, Handel an der Kreuzung Spechthausener Straße).

Der Bürgermeister antwortet auf solche Argumente: Nicht er, sondern die StVV fasse die Beschlüsse. Doch sein persönlicher Einfluß darauf ist groß und beginnt schon mit der Wahl der Themen, der Vorbereitung der Beschlüsse und der Erarbeitung der Vorlagen. Der Bürgermeister ist nicht nur das ausführende Organ der Beschlüsse der StVV, sondern sollte durchaus auch ihr spiritus rector sein.

Meine Aufgabe ist es nicht, den positiven Einfluß des Bürgermeisters auf die Stadtentwicklung hervorzuheben. Ich will diesen auch nicht in Frage stellen. Meine kritischen Bemerkungen sollen aber Anregung sein, aus der ersten Etappe der Amtszeit von Bürgermeister Boginski - getreu seinem Motto »Eberswalde kann mehr« - die richtigen Schlußfolgerungen für die zweite zu ziehen. Dafür wünsche ich ihm - und uns - viel Erfolg.

ALBRECHT TRILLER

Keine »Sparorgien« zulassen

Eberswalde (cz). Laut aktueller Bevölkerungsstatistik vom 30.09.2010, informierte der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn im November die Mitglieder des Eberswalder Finanzausschusses, leben im Brandenburgischen Viertel 6.669 Menschen, darunter:

396 Personen von 0 bis unter 5 Jahren
494 Personen von 6 bis unter 15 Jahren
868 Personen von 16 bis unter 24 Jahren
2.676 Personen von 25 bis unter 54 Jahren
2.235 Personen von 55 Jahren und älter.

»Gegenüber dem Stand vor einem halben Jahr«, so der Ortsvorsteher, »ist die Einwohnerzahl im Brandenburgischen Viertel um 62 Personen angewachsen. Vor allem bei unseren Jüngsten zeigt sich eine positive Tendenz mit einem Zuwachs von 39 Kindern im Alter bis 6 Jahre.«

Folgende Schwerpunkte für den Ortsteil Brandenburgisches Viertel sollten nach Auffassung von Carsten Zinn auch im Finanzausschuß Berücksichtigung finden: 1. Modernisierungsvertrag zwischen Stadt und WBG zum Vereinsgebäude in der Havellandstraße (Kita »Spatzennest«), insbesondere hinsichtlich Barrierefreiheit und Energieeffizienz; 2. die beabsichtigte Schließung der Außenstelle (Paß- und Meldewesen) des Bürger- und Ordnungsamtes im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels; 3. der Umzug der Grundschule »Schwärsese« ins bisherige OSZ II an der Kyritzer Straße 29 einschließlich der notwendigen baulichen Anpassungen; 4. Die Sanierung des »Club am Wald« (Außenfassade, Energieeffizienz, Barrierefreiheit); 5. Die Sanierung der Hauptverkehrsstraße Frankfurter Allee; 6. Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Lausitzer Straße; 7. Das Führen von ortsteilbezogenen Debatten zum BürgerInnenhaushalt - Kiezfonds (2012 und nachfolgende Jahre); 8. Die Novellierung der Förderrichtlinien zum Programm »Soziale Stadt«, insbesondere bei Maßnahmen, die eine Kofinanzierung durch relevante Vereine und der Stadt Eberswalde bedürfen. Abschließend äußerte Carsten Zinn die Bitte an alle Mitglieder des Finanzausschusses, daß sie gemeinsam mit ihren Fraktionen den Ortsteil »Brandenburgisches Viertel« mit seinen besonderen sozialen Herausforderungen immer im konstruktiv-kritischen Fokus haben mögen und sich nicht für »Sparorgien« mißbrauchen lassen, die perspektivisch verheerende Auswirkungen für den Ortsteil - und damit auch für die gesamte Stadt - haben könnten.

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15

16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

Eberswalder Schachmeister

Nachwuchstalant sucht Sponsoren

Eberswalde (bbp). Im Alter von 4 Jahren begann **Maximilian Paul Mätzkow** seine Schachkarriere beim SV Motor Eberswalde. Seine Trainerin Mandy Barna erkannte schon frühzeitig sein Talent, so daß er schon ein Jahr später erste Turniere gewann. Gegenwärtig ist er bester Deutscher in seiner Altersklasse. So wurde der Jugendbundestrainer Herr Bernd Vökler auf ihn aufmerksam und stellte ihn für die EU-Meisterschaft auf. Dort erkämpfte er auf Anhieb den Bronze-Pokal. Anschließend durfte er noch als einziger seiner Altersklasse die BRD bei der Weltmeisterschaft vertreten und gewann 6 von 11 Spielen und wurde 47. von 124 Teilnehmern.



Maximilian (rechts) bei der WM im Spiel gegen Tolga Ülker aus der Türkei.

Darüberhinaus nahm er an vielen nationalen Turnieren ebenfalls erfolgreich teil. Viele Male wurde er Mannschaftslandesmeister in den verschiedensten Altersklassen. Das Training findet derzeit im »Freizeitschiff« der WBG (Prignitzer Str. 48) im Brandenburgischen Viertel statt, wohin auch 2010 sein Verein SV Motor Eberswalde umzog. Interessenten, die ihr Schachkönnen testen und ausbauen wollen, sind jederzeit gern gesehen, besonders sind Mädchen willkommen, um auch Mädchenmannschaften aufzubauen.

Für weitere Erfolge braucht Maximilian Sponsoren, denn Vorbereitung und Teilnahme an nationalen und internationalen Schachmeisterschaften sind teuer, schon deshalb, weil solche Turniere oftmals über 14 Tage gehen. Nicht unerwähnt dürfen seine hohen Trainerkosten bleiben, da er ein Einzeltraining mit Jörg Pachow aus Berlin erhält.

Spenden für Maximilian sind auf dem Konto des SV Motor Eberswalde bei der Sparkasse Barnim, (BLZ 1705 2000, Konto-Nr. 3100 90 5406) willkommen.

Ortsvorstehersprechstunde

Aus organisatorischen Gründen findet die letzte diesjährige BürgerInnensprechstunde des Ortsvorstehers im Brandenburgischen Viertel am Mittwoch, den 15. Dezember, bereits in der Zeit von 14 Uhr bis 16 Uhr statt. Zur ersten BürgerInnensprechstunde im Neuen Jahr 2011 heiße ich Sie dann am Mittwoch, den 5. Januar, zur üblichen Sprechzeit von 18-20 Uhr herzlich willkommen.

CARSTEN ZINN

Magie gegen Sozialschmerz?

Zur Arbeit der Kreistagsausschüsse für Bildung (A7) und Jugendhilfe (A8)

Die Mängel des deutschen Bildungswesens sind kaum mehr strittig: frühe soziale Selektion, Ungleichheit der Bildungschancen, unzureichende Förderung. Die Idee, als Produzenten nicht benötigte Menschen auf die Hartz-IV-Halbe zu kippen, erweist sich für Politik und Wirtschaft als Bumerang: der alternden Gesellschaft fehlt nunmehr qualifizierter Nachwuchs. Also was tun? In der BRD reagiert Politik wie eh und je. Soziale Verwerfungen werden ignoriert oder beschönigt. Um deren Kosten auf dem Bildungsgebiet versucht man sich mit Placebos zu drücken.

Vizelandrat Bockhardt teilte in Beantwortung einer Anfrage mit, daß knapp 5.000 Personen unter 18 Jahre im Barnim in Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften leben, davon etwa die Hälfte als Kinder Alleinerziehender. Gut 10 % der Schülerinnen und Schüler kreisgetragener Schulen erhielten 2010 Leistungen aus dem Schulsozialfond. Auf die Schülerzahl je Schulform bezogen ergibt sich in den fünf Förderschulen mit 32,7 % der größte Anteil Beihilfempfehlungen. An zweiter Stelle stehen mit 18,5 % die beiden kreisgetragenen Oberschulen mit Grundschulteil in Eberswalde (die gemeindeträgten Oberschulen sind in der Aufstellung nicht enthalten). An den fünf Gymnasien gab es noch 2008 keine Fälle von Förderung, 2009 waren es 26, 2010 dann 65 Schülerinnen und Schüler. Wie deutlich wird, wirken prekäre soziale Lage der Familien und mangelnde Förderung im Elternhaus negativ auf die Entwicklung der Kinder.

Grundlegende Abhilfe ist kaum in Sicht. Die beschlossene Erhöhung der SGB-II-Sätze um 5 Euro erinnert an Homöopathie. Das Förderpaket der Familienministerin für »Hartz-IV«-Kinder könnte eine gute Sache sein. Ihre Umsetzung über Chip-Karten in Kooperation der Jobcenter mit tausenden von Schulen, Kitas und sozialen Hilfseinrichtungen wird aber von Experten kritisch gesehen. Verwaltungskosten drohen einen beträchtlichen Teil der Gelder aufzuzehren. So bleibt (neben der »Hilfe« für Verwaltung und Industrie!) für die Betroffenen nur der »Placebo-Effekt«.

Für gezielte Hilfen gemäß der konkreten Situation in den Sozialräumen (Gemeinden) sind nähere Kenntnisse nötig, die der Lebenslagenbericht (LLB) liefern soll, der im November im Kreistag endlich die letzte Bewilligungshürde nahm. Zur Vorgeschichte des Projektes siehe BBP 7/2010 (»Ping Pong und Lange Bank«). Eine Arbeitsgruppe von Verwaltung und Fraktionsvertretern, tagte nur im Rhythmus von 8 Wochen und konnte sich zunächst nicht einigen. Nach Monaten lieferte sie einen Konzeptentwurf für den LLB, der unprofessioneller war als der schon Ende 2009 vom Jugendhilfeausschuß vorgelegte. Die Verwaltung, die zur Realisierung des Berichts externe Hilfe benötigt, tat die ganze Zeit nichts, um Fachleute zu gewinnen. Schließlich offerierte der Schreiber dieser Zeilen selbst eine Verbindung zu Berliner Sozialwissenschaftlern, um die Sache endlich in Bewegung zu bringen. Ebenso klebrig arbeitet die Kreisbehörde überall, wo es um die

Analyse der sozialen Situation geht. Das Gesundheitsamt kann die Ergebnisse von Schulleistungsuntersuchungen und zahnmedizinischen Untersuchungen angeblich nicht mit Sozialdaten vernetzen. In anderen Landkreisen geht das. Eine Anfrage der Fraktion Grüne/BdE dazu ist noch nicht beantwortet.

Der Kreistagsausschuß für Bildung und Kultur, der eigentlich ausreichend Grund zu eigenständiger, behördenunabhängiger Aktivität hätte, ist ungenügend arbeitsfähig. Wie schon im Juni war er auch im Oktober mangels Beteiligung der Fraktionsvertreter nicht und im Dezember nur knapp beschlußfähig. Folge: Der Fachausschuß konnte zur Vorlage »Zukunftsfähige Mediene Ausstattung der Schulen« im Rahmen der »Bildungsinitiative Barnim« mit einem Volumen von 6 Mill. Euro in vier Jahren nicht über eine Empfehlung beschließen. Dabei geht es um Breitband-Internetanschlüsse (96 TEuro jährlich), Notebooks mit Zubehör (2 Mill.), Lern-Software sowie computergesteuerte interaktive Wandtafeln (ca. 3,6 Mill.) für die kreisgetragenen Schulen. Die teure Begeisterung für moderne Medientechnik geht allerdings am Kern der Bildungsprobleme, die im personellen Bereich liegen, vorbei und setzt ihnen eher Magie als wirkliche Abhilfe entgegen.

Auch die Freigabe der Beschaffung für das OSZ II konnte mangels Beschlußfähigkeit fachlich nicht befürwortet werden. Den Bildungsdezernenten Dr. Mocek stört das allerdings nicht. Er glaubt mit der Information des A 7 den Formalien genügt zu haben. Überhaupt neigt die Behörde dazu, den Bildungsausschuß zu übergehen und nur dekorativ zu nutzen. Das zeigte sich kürzlich bei der Einschulungsregelung für die Erstklässler aus Eberswalde-Nordend, die wider Erwarten künftig nicht an die Grundschule Mitte (Goetheschule), sondern nach Westend gewiesen werden. Davon erfuhr der Ausschuß nur durch Presse und Elternproteste im letzten Kreistag. Auf der Dezembersitzung des A 7, wo die Elternvertreter nochmals zu Wort kamen, räumte Mocek Verfahrensmängel ein, blieb aber in der Sache hart, ohne daß Zahlen auf den Tisch kamen, die eine Überprüfung der Regelung erlaubt hätten.

Wenn die Abgeordneten sich nicht von ihrer Lethargie befreien, verkommt der Bildungsausschuß zum Anhängsel der Verwaltung, was er nach Mocek sowieso sein sollte.

ROLF RICHTER, Mitglied im A8 und Sachkundiger Einwohner im A7

Heinrich Vogeler: Das Märchen vom lieben Gott

Schon lang, als das Jahr 1917 dem Ende zuing, sah man in Deutschland überall die seltsamsten Erscheinungen am Himmel und unter den Menschen. Das Merkwürdige aber war, daß am Spätnachmittag des 24. Dezember auf dem Potsdamer Platz von vielen Menschen der liebe Gott gesehen worden ist. Ein alter trauriger Mann verteilte Flugblätter. Oben stand: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, und darunter in lapidarer Schrift die zehn Gebote. Der Mann wurde von den Schutzleuten aufgegriffen, vom Oberkommando der Marken wegen Landesverrat standrechtlich erschossen. Einige Aufnehmer des Flugblattes, die die Worte des alten Mannes verteidigten, kamen ins Irrenhaus. Gott war tot.

Ein paar Tage darauf waren unsere großen Feldherrn nach Berlin gekommen, mit der festen Absicht, durch Wort und Tat die Welt von Elend und Blut zu erlösen. So kamen sie mit den Vertretern der Friedenskonferenz zusammen. Sie kamen überein, die Welt mit dem Schwerte in der Hand vor sich in die Knie zu zwingen, erhoben sich selber zum bluttriefenden Götzen, aus dessen selbstherrlicher Hand die Menschheit ihre Gesetze empfangen sollte. Da sahen sie plötzlich, wie der totgeglaubte Mann vom Potsdamer Platz mitten unter ihnen stand und stumm auf seine zehn Gebote wies.

Aber niemand wollte die ärmliche Erscheinung kennen. Da gab er sich zu erkennen und war fast seines Triumphes froh, denn er glaubte ja an die Menschheit. Der Kaiser und die Feldherrn führten seinen Namen in ihren Telegrammen, die Krieger trugen ihn auf dem Baudache, die Feldprediger hatten die schwersten Verbrechen der Menschheit durch seinen Namen geheiligt. Da aber sah Gott, dass man ihn gar nicht kennen wollte, daß man von ihm sich nur eine prunkende Form, eine Uniform behalten hatte, und aus der glotzte das goldene Kalb und beherrschte die Welt.

Da verließ Gott die Friedensversammlung und machte den ordenbesten Götzen Platz, denn Gott will nicht siegen, Gott ist.

Die Götzen aber führten das Volk immer tiefer ins Elend und erweckten weiter Haß, Bitternis, Zerstörung und Tod, und wie sie nichts mehr hatten außer blechernden Schmucksternen und Kreuzen, verschenkten sie das gestohlene Gut ihren Völkern. Da ging Gott zu denen, die zusammengebrochen waren unter der Bürde der Leiden, unter Haß und Lügen: Es gibt über euren Götzen einen Gott, es gibt über eurem Fahneid meine ewigen Gesetze. Es gibt über eurem Haß die Liebe.

Da gaben die Krüppel ihre blutstinkenden grauen Kleider, ihre Orden und Ehrenzeichen

zurück an den Gott des Mammons, gingen unter das Volk und entheiligten die Mordwaffen und vernichteten sie. Gott aber ging zum Kaiser: »Du bist Sklave des Scheins. Werde Herr des Lichtes, indem du der Wahrheit dienst und die Lüge erkennst. Vernichte die Grenzen, sei der Menschheit Führer. Erkenne die Eitelkeit des Wirkens. Sei Friedensfürst, setze an die Stelle des Wortes die Tat, Demut an die Stelle der Siegereitelkeit, Wahrheit anstatt Lüge, Aufbau anstatt Zerstörung. In die Knie vor der Liebe Gottes, sei Erlöser, habe die Kraft des Dienens, Kaiser!«

www.Heinrich-vogeler-gesellschaft.de/friedensbrief.html

Der Worpsweder Maler Heinrich Vogeler schickte diesen Friedensbrief im Januar 1918 an Kaiser Wilhelm II., woraufhin Vogeler in eine Irrenanstalt eingewiesen wurde. General Ludendorff, der Vogelers Erschießung wegen Landesverrats gefordert hatte, konnte sich glücklicherweise nicht durchsetzen. In der Novemberrevolution wurde Vogeler aus der Irrenanstalt befreit. Später schenkte er seine Villa, den Barkenhof in Worpsswede, der Roten Hilfe, um darin ein Kinderheim für proletarische Kinder einzurichten.

HARTMUT LINDNER

Rente mit 67:

Altersarmut im Landkreis Barnim

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnt vor steigender Altersarmut im Landkreis Barnim und fordert den sofortigen Stopp der Rente mit 67. Altersarmut sei schon im Landkreis deutlich zu spüren, sagte Olaf Himmel, der Vorsitzende der DGB-Region Ostbrandenburg. »Aufgrund der Rentenkürzungen liegen die Altersrenten in Brandenburg im Schnitt nur noch bei 790 Euro und damit noch niedriger als im Vorjahr« (799 Euro). »Wir müssen dringend umsteuern, damit die gesetzliche Rente wieder armutsfest wird. Als ersten Schritt fordern wir die Bundesregierung auf, die Rente mit 67 zu stoppen, weil die Rente mit 67 die Altersarmut zusätzlich verschärfen würde«, so der Gewerkschafter. Nach DGB-Berechnungen muß in Brandenburg mehr als jeder sechste Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden und hohe Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente hinnehmen.

»Die Rente ab 67 Jahre ist für die meisten Beschäftigten unerreichbar und wird zu einer reinen Rentenkürzung«, erklärte der DGB-Regionsvorsitzende. Eine große Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann auch deshalb nicht bis 65 Jahre arbeiten, weil die Beschäftigungschancen zu schlecht sind.

»Auch im Landkreis Barnim bietet der Arbeitsmarkt nicht genügend Möglichkeiten für Ältere«,

so Olaf Himmel. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind nur 21,1 % aller 60- bis 64-Jährigen im Landkreis sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Weit mehr als jeder Dritte aller Barnimer Arbeitslosen sei älter als 50 Jahre. »Den meisten dieser über 2800 Bürgerinnen und Bürger wird ein Wiedereinstieg in Beschäftigung nicht gelingen«, fürchtet der Gewerkschafter. Auch die wirtschaftliche Erholung habe die Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer nicht verbessern können. So seien die Arbeitslosenzahlen bei 55- bis 64-Jährigen weiter gestiegen. Im Landkreis Barnim gebe es im Vergleich zum Vorjahr 3,8 % mehr Arbeitslose in dieser Altersgruppe.

Für den DGB ist die Rente mit 67 deshalb der falsche Weg. »Die Voraussetzungen für eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sind nicht gegeben. Es wäre völlig inakzeptabel, wenn die Bundesregierung sehenden Auges in Kauf nimmt, daß Altersarmut zur Perspektive für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird«, sagte Himmel. »Schon heute müssen bereits mehr als die Hälfte aller Altersrentner/-innen in Deutschland Abschläge in einer durchschnittlichen monatlichen Höhe von 114 Euro in Kauf nehmen.«

ANDREAS SULT,
DGB Ostbrandenburg Region UM/BAR

Politiksimulation:

Italiener aus Eberswalde

Eberswalde (mh). Bereits im zweiten Jahr wird auf Einladung des FDP-Stadtverordneten Martin Hoeck eine Delegation von Eberswalder Jugendlichen an der Simulation der Vereinten Nationen in Kiel (Model United Nations – Schleswig Holstein / MUN-SH) teilnehmen. Diese findet diesmal vom 7.-11. April 2011 statt. Im März 2010 hatte Martin Hoeck mit einer Gruppe von fünf Jugendlichen zwischen 17 und 22 Jahren das erste Mal teilgenommen. Damals vertraten sie die BRD und konnte bereits in Kiel die Wahl der Bundesrepublik in den Sicherheitsrat durchsetzen, was dann im Oktober in New York auch Realität wurde.

»Diesmal werden wir die Republik Italien vertreten«, freut sich Hoeck über die erneute Annahme der Bewerbung. Das Projekt läuft in Kooperation mit dem Kinder- und Jugendparlament (KJP), das mit Alexander Blum, Gordon Eule und Florian Lemke drei Delegierte stellt. Hoeck übernimmt die Betreuung und Organisation. Die Jugendlichen müssen dann in Diskussionen und Debatten die Positionen von Italien in der Generalversammlung, dem Hauptausschuß, dem Wirtschafts- und Sozialausschuß sowie im Menschenrechtsrat vertreten. Dazu zählen Themen wie die Reform des Sicherheitsrates, die militärische Nutzung des Weltraums oder der Einsatz von Biotechnologie zur Verbesserung der Welternährungslage.



Eberhard Paul war ein durch und durch naturverbundener Mann. Sparsamer Umgang mit Energie und Wasser, Vermeidung von Abfall und Verwertung/Weiternutzung vieler Dinge, die in unserer Wegwerfgesellschaft auf dem Müll landen, waren für ihn Selbstverständlichkeiten. Das war auch die Grundlage seiner Erwerbstätigkeit.

Eberhard war auch ein Mann mit einem ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und Gesetzestreue. Er war einer, der sich engagiert und qualifiziert gegen Unterdrückung und Ausplünderung von Bürgern durch die Behörden und gegen Rechtsbeugung durch Gerichte gewehrt hat. Er hat Mißstände schonungslos angeprangert. Seine Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten im richtigen, erfolgversprechenden Umgang mit Behörden und Gerichten waren zunehmend gefragt. Vieles konnte man erfahren, wenn man nur die Internetseite »Paulaus-Petershagen« aufschlug.

In einem Staat jedoch, in dem Rechtsbeugung und Behördenterror gegen Bürger, angeblich im Namen des Rechts, zunehmen, mußte seine aufrechte Haltung zur Konfrontation mit der Administration führen. Die Behörden wollten auch Eberhard Paul »melken« oder »abzocken«, wie man das auch nennt, so wie sie das mit jedem Bürger tun, der sich nicht zu wehren weiß: Für Abfall, den er gar nicht hatte – er hat ja leere Tonerkartuschen und Tintenpatronen regeneriert und damit wiederverwertbar gemacht. Für Trinkwasser, das er nicht gezapft hat, weil er gar keinen Anschluß mehr hatte. Den brauchte er nicht, sein eigener Brunnen lieferte besseres Wasser. Für Abwasser, das auf seinem Grundstück gar nicht anfiel, weil er alles Schmutzwasser aufbereitete und selbst wiederverwertete. Für angebliche Schornsteinfegerleistungen, die nicht notwendig waren und nicht erbracht wurden.

Gegen all das hat er sich gewehrt und auf seiner Internetseite konnte man lesen, wie er das gemacht hat. Viele Menschen, die nicht so beschlagen waren, haben sich bei ihm Rat geholt und sie hatten oft Erfolg.

In Memoriam Eberhard Paul

von Johannes Madeja

Einige Leser werden Fragen: »Wer ist Eberhard Paul? Wer war Eberhard Paul?« Wer es weiß, der kannte ihn oft gar nicht persönlich, lediglich von seiner Internetseite Paulaus-Petershagen. Eberhard Paul war Fernmeldeingenieur. Er lebte mit seiner Frau in Petershagen auf einem kleinen Grundstück. Der Garten, das Leben in und mit der Natur und sein Hund das war seine Welt. Aber das allein wäre wohl kaum Grund genug, an den ersten Jahrestag seines Todes zu erinnern.

Solche Menschen erfahren in unserem Staat eine Sonderbehandlung. Im Mittelalter wurden sie von der Inquisition verfolgt, als Hexen verbrannt, gerädert und gevierteilt, sie waren vogelfrei und durften nicht einmal bestattet werden. Heute ist das nicht anders, nur sind die Methoden verfeinert. Sie werden »fertiggemacht«!

Ein ganz »normaler« Zwangsvollstreckungstermin gegen Eberhard Paul am 1. Dezember 2009 zur Erzwingung von Zahlungen für Trinkwasser, das gar nicht geliefert wurde, war die letzte von vielen Aktionen gegen den unbequemen Rebellen, der das Gesetz auf seiner Seite wußte und der von jedem, auch von den Behörden, Gesetzestreue gefordert hat. Die Gerichtsvollzieherin hatte sich die Polizei gleich mitgebracht um den Haftbefehl – der war nicht einmal unterschrieben(!) – gleich zu vollziehen. Die Behörden nennen das Erzwingungshaft. Das alles hat Eberhard Paul, der sich wohl stärker und gesunder wähnte, als er wirklich war, so stark belastet, daß er wenig mehr als eine Stunde nach Abzug der Vollstrecker bei der Arbeit am Rechner zusammengebrochen ist. Es ist nicht gelungen, ihn wieder zu beleben. Er ist nur 58 Jahre alt geworden.

Die Zustände, die Eberhard Paul angeklagt und angeprangert hat und an denen er schließlich zerbrochen ist, haben sich nicht geändert. Im Gegenteil! Der Kampf gegen die Administration der Gesetzlosen, die angeblich im Namen des Rechts nach wie vor das Recht beugen und Gesetze brechen, ist härter geworden und hat bereits weitere Opfer gefordert.

Fast jeder hat heute die Möglichkeit, sich darüber zu informieren – auch im Internet. Hier empfehle ich die Seiten www.abwasser-marsch.de und www.meinwasser.de. Hier findet man auch noch die Seite [paulaus-petershagen](http://paulaus-petershagen.de). Hier gibt es auch heute noch guten Rat von

Eberhard Paul. Wir können feststellen, daß der Kampf weitergegangen ist und daß es sogar Erfolg gegeben hat. Darüber steht jedoch nur selten etwas in der Zeitung. Gleichzeitig stellen wir fest, daß die »Abzocker« immer dreister werden und die Behörden nichts dagegen tun. Sowohl bei Preisen und Gebühren als auch bei Beiträgen, Steuern und Abgaben werden den Bürgern Daumenschrauben angelegt und es wird kräftig gedreht. Das hat zur Folge, daß überall im Land, wo es z.B. um sittenwidrige Preis- und Gebührenerhöhungen für Strom und Wasser und Gas und sog. Altanschließerbeiträge geht, eine kraftvolle Bürgerbewegung entstanden ist.

Wir stellen weiter fest, daß die Saat, die auch Eberhard Paul zu verdanken ist, langsam aufgeht. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß die Landesregierung zu begreifen beginnt, daß sie sich mit ihrer bisherigen Politik in einer Sackgasse befindet. Noch haben wir den Durchbruch nicht erreicht, zu stark ist die Position der Lobbyverbände. Aber sie stehen schon mit dem Rücken an der Wand und sie haben längst erkannt, daß sie so nicht weitermachen können. Die gute Sache der Bürger, nachhaltiger Umgang mit allen Ressourcen eigenverantwortliches, vernünftiges und naturnahes Handeln finden zunehmend Platz in den Medien. Irgendwann wird auch die Regierung umdenken und umsteuern müssen.

Diejenigen, die immer nur am Bürger verdienen und ihn ausbeuten wollen haben in Menschen wie Eberhard Paul ihren Hauptfeind ausgemacht. Der erbarmungslose, menschenverachtende Kampf gegen ihn hat ihn das Leben gekostet. Das war ein zu hoher Preis. An seinem Sarg haben wir ihm versprochen, den Staffeln, den er fallenlassen mußte, aufzunehmen und weiterzutragen. Das haben wir getan und wir werden es weiter tun.

Mobilitätsticket Brandenburg verlängert

Berlin (vbb/bbp). Im September hat der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) beschlossen, das Mobilitätsticket in Brandenburg auch 2011 fortzuführen. Das Angebot richtet sich an Brandenburger Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen, die soziale Leistungen erhalten und beträgt 50 Prozent des Preises für das reguläre Monatsticket. Pro Jahr stellt das Land Brandenburg 2,5 Mill. Euro zur Verfügung. Die parallel mit der Einführung des Mobilitätstickets beauftragte Evaluation ergab einen er-

folgreichen Probelauf und die Empfehlung, das Mobilitätsticket als ständiges Angebot im Land Brandenburg zu etablieren. Gleichzeitig wird das Tarifangebot zum 1. Januar 2011 erweitert: Das Ticket wird in 35 Städten mit eigenem Stadlinienverkehr gelten. Damit ist eine wichtige Forderung der Volksinitiative »Für ein landesweites Sozialticket in Brandenburg« erfüllt worden. Offen bleibt aber die Forderung, das Mobilitätsticket nicht auf Monatskarten zu beschränken, sondern auch Einzelfahrten zum halben Preis anzubieten.

Suchet, so werdet ihr (vielleicht) finden

Sechs Jahre Widerstand gegen unbillige Gas- und Strompreise!

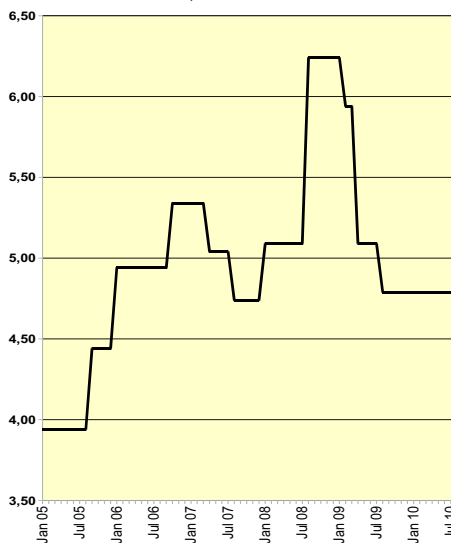
Im Jahre 2004 schlug eine Welle der Empörung hoch gegen die Preispolitik der Energieunternehmen in Deutschland. Andernorts gab es schon vorher Erfahrungen im Kampf um faire Energiepreise. In Eberswalde dagegen regte sich erst jetzt der Widerstand. Mit Musterschreiben der Verbraucherzentrale bzw. des Bundes der Energieverbraucher wurden Widersprüche gegen die unverhältnismäßigen Preissteigerungen eingelegt. Sie richteten sich gegen das Eberswalder Energieunternehmen Stadtwerke Eberswalde GmbH, zu diesem Zeitpunkt noch zu 26 % in städtischem Besitz (über die 100 %-ige Tochter der Stadt Technische Werke Eberswalde GmbH).

Die Energieprotestler legten nicht nur Widerspruch gegen die Preiserhöhungen und die darauf beruhenden Jahresrechnungen ein, sondern kürzten die Rechnungsbeträge um die überhöhten Forderungen. Die Stadtwerke wiesen die Widersprüche zurück, begründeten ihre Preisforderungen aber nur mit allgemeinen Feststellungen zur Rohstoffnachfrage und gestiegenen Einkaufskosten. Einen nachprüfbar Nachweis über ihre Preisbildung lieferten sie nicht. So wechselten Kunden und Stadtwerke sechs Jahre lang Briefe mit Protesten und Zurückweisungen, ohne daß etwas zur Klärung der Streitfrage geschah. Inzwischen stiegen die Energiepreise weiter, so daß Streitwerte im vierstelligen Bereich aufgelaufen sind, von denen die ältesten schon verjährt sein dürften (Energiepreisentwicklung s. Grafik).

Zur Gründung der Stadtwerke war die Stadt noch mit 51 % beteiligt. Im Jahr 2002 wurden die Hälfte der städtischen Anteile und 2005 die restlichen Anteile an die anderen Gesellschafter der Stadtwerke, EWE und EON.edis, verkauft. Die Anteilskäufer lösten 2010 die Stadtwerke auf, wobei EWE die Gas- und EON.edis die Stromversorgung übernahm. Damit fielen zum 1.9.2010 die bei den Stadtwerken ausgewiesenen Forderungen an die neuen Lieferanten, darunter auch jene an die Energieprotestler, die ihre Rechnungen gekürzt hatten. Mit dem Übergang änderte sich auch der Umgang mit den Kunden. EWE startete erste Aktivitäten, um die Forderungen einzutreiben.

Zunächst gingen rechtsdiffuse Schreiben an alle neuen EWE-Kunden, die versprachen, daß sich für die Kunden nichts ändere. Zugleich aber wurden Vordrucke für neue Auftragserteilungen verschickt und die Preise von EWE mitgeteilt, so als wären die Stadtwerkekunden Neukunden. Wer hier unterschrieb, hat damit die neuen Bedingungen anerkannt und sein bisheriges Vertragsverhältnis mit den Stadtwerken aufgegeben. Entgegen der Ankündigung, daß sich nichts ändern werde, hat sich dann doch alles geändert. Wenig später erhielten die EWE-Kunden die Ankündigung, daß die eben erst genannten EWE-Gaspreise zum 1.12.2010

erhöht werden. Im zweiten Schritt erhielten ehemalige Stadtwerkekunden mit angeblichen Zahlungsrückständen Mahnschreiben von EWE, verbunden mit einer Sperrandrohung, wonach ab 23.11.2010 die Gaslieferung eingestellt würde, falls die Forderungen nicht bis zum 22.11.2010 beglichen sind. Albrecht Triller machte diesen Versuch der Nötigung durch EWE über die Märkische Oderzeitung öffentlich, die hierüber sowie über eine Zusammenkunft der Energieprotestler berichtete (siehe auch BBP 11/2010).



Die Betroffenen legten Widerspruch ein, wiesen die Mahnung als ungerechtfertigt zurück und forderten die Rücknahme der Sperrandrohung mit kurzfristigen Terminsetzungen. Zugleich hinterlegten sie Schutzschriften beim Amtsgericht. Aber EWE reagierte weder auf die Widersprüche noch auf die Presseveröffentlichungen. Die mit Sperre bedrohten EWE-Kunden beantragten daraufhin am 15.11.10 beim Amtsgericht Eberswalde den Erlaß einstweiliger Verfügungen zur Aufhebung der Sperrandrohung. Zum großen Erstaunen von Fachjuristen wies der Eberswalder Richter die Anträge am selben Tag ohne mündliche Verhandlung zurück, mit der Begründung, die EWE-Kunden könnten ja den Lieferanten wechseln. Mit dem Rechtsmittel der Beschwerde und anwaltlicher Unterstützung gingen zwei Energieprotestler gegen den Beschluß des Amtsgerichtes Eberswalde beim Landgericht Frankfurt (Oder) vor. Vom Landgericht zur Stellungnahme aufgefordert, erklärte nun EWE gegenüber dem Landgericht: »Hinsichtlich Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß es zu keiner Versorgungseinstellung unsererseits kommen wird. Die irrtümlich versandten Mahnungen mit Sperrandrohung resultieren aus einer fehlerhaften Datenmigration bei der Übernahme der Stadtwerke Eberswalde.«

Erstaunlich, daß EWE den »Irrtum« erst 4 Wochen später nach gerichtlicher Anfrage bemerkte. Die Widerspruchsschreiben von sieben

(namentlich bekannten) Energieprotestlern und mehrere Presseveröffentlichungen sind EWE wohl entgangen. Auch nach der EWE-Mitteilung an das Landgericht und nach Verstreichen des angedrohten Sperrtermins hat sich EWE noch nicht gegenüber seinen Kunden erklärt.

Am 23.11.2010 schrieb EWE an die Kunden: »...vielen Dank für Ihr Schreiben vom...Wir werden Ihr Anliegen schnellstmöglich prüfen und setzen uns so schnell wie möglich mit Ihnen in Verbindung. Wir bitten Sie bis dahin um etwas Geduld.« Kein Wort von »irrtümlich« versandten Mahnungen, kein Wort von Rücknahme der Sperrandrohung. Muß sich der Kunde da nicht veräppelt vorkommen?

Weitere Energieprotestler beantragten die einstweilige Verfügung erst am 22.11.10 beim Eberswalder Amtsgericht. Nun entschied das Amtsgericht nicht mehr am selben Tag über den Antrag, sondern setzte einen Termin für eine mündliche Verhandlung auf den 26.11.10 fest, obwohl dem Amtsgericht bereits am 22.11. bekannt geworden sein mußte, daß EWE die Liefersperre nicht vollziehen würde. Am 25. und 26.11. erklärte das Amtsgericht den Antragstellern telefonisch, daß keine mündliche Verhandlung stattfindet. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich.

Daß EWE mit seiner Vorgehensweise nichts anderes bezweckt, als die widerspenstigen Kunden zur Zahlung ungerechtfertigter Forderungen zu drängen, ist unverkennbar. Dabei weiß EWE auch aus verlorenen Prozessen, daß es dafür keine Rechtsgrundlage gibt, eher noch ist die Vorgehensweise unter dem Gesichtspunkt der Nötigung strafrechtlich relevant.

Das Vorgehen von EWE war auch für die Verbraucherzentrale und die Landeskartellbehörde Anlaß für eigene Aktivitäten. Beide Institutionen waren durch die Energieprotestler informiert worden. Von der Landeskartellbehörde angeschrieben, antwortete EWE ebenfalls am 22.11.10, daß sie keine Versorgungseinstellung durchführen wird.

Nun ist die Versorgungssperre erst einmal vom Tisch. Allerdings ist dies noch keine Entscheidung in der Hauptsache. In der Hauptsache geht es um die Frage, ob die Preise der Energielieferanten billig und angemessen sind, bzw. ob die Versorger bei Kunden im Sondervertragsverhältnis zur einseitigen Preisänderung berechtigt waren. Bei dem geschilderten Vorgeplänkel um Mahnung und Versorgungssperre kann man sich leicht ausmalen, was beim Streit in der Hauptsache zu erwarten ist.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat, in dem jeder sein Recht suchen kann. Ob er es aber findet, ist von vielen Bedingungen abhängig, die der kleine Mann nur sehr selten erfüllen kann. Allein das Kostenrisiko von Prozessen ist meist nicht tragbar.

Wie waren wir einst gestartet?

Linke hatten sich einst als Partei der Arbeiterklasse definiert. Deshalb bin ich 1949 Mitglied der SED geworden und habe Lehrer gefunden: Altkommunisten, Kämpfer. Von ihrer Art gab es nicht viele. Oft habe ich in der Produktion gearbeitet. Deshalb weiß ich, daß es die Kommunisten nicht leicht hatten. Die Arbeiter waren so kurz nach dem Krieg nicht vorbereitet, ihr Eigentum an den großen Betrieben wahrzunehmen. Aber die Partei hatte recht getan zu sagen: Kollegen, ihr wollt besser leben, also müssen wir von eurem Tageswerk etwas einbehalten, damit wir investieren können, in der Industrie, in der Bildung, in die Infrastruktur, in den Schutz vor Korruption und Diebstahl. Das hatte Marx in seiner Kritik am Gothaer Programm der Sozialdemokratie deutlich gesagt. Nur wenige Arbeiter verstanden das. Aber wir hätten es den Arbeitern erläutern können, dazu brauchten wir nicht die Deklaration zur führenden Partei, das große Bumbum.

Kollegen der Industrie-Betriebe hatten erlebt, daß ihre Maschinen in die Sowjetunion verbracht wurden. Nicht zur Reparatur, sondern als Reparation. Das hat uns allen weh getan. Trotzdem ertrugen es die einheimischen Arbeiter. Haben sie geschwiegen, weil sie noch nicht vergessen hatten? Die Sowjetunion ist von uns Deutschen verwüstet worden!

Als ich – geschäftiger Student – von meinen Kollegen auf einer Baustelle zum Brigadier gewählt wurde, um die tägliche Arbeit abzurechnen, habe ich mich nicht auf die führende Rolle der Partei berufen. Ich habe meinen Kollegen Zusammenhänge erläutert. Natürlich war das kein Cäsarenritt, kein »veni, vidi, vici«. Die Kollegen sagten mir am Sonntag beim Wodka: »Du mußt mal verstehen, uns hat der Staat drei Mal beschissen: Beim Kaiser, in der Weimarer Zeit und bei Hitler. Jetzt wollen wir mal den Staat beschießen.« Sie akzeptierten aber, daß ich unseren täglichen Erdaushub abrechnete und zugleich dem Staat von unsrer hoch-prozentigen Norm-Erfüllung den Rundungs-Überschuß zukommen ließ: zum Investieren. Andere Brigaden schlugen auf ihre 150 Prozent Normerfüllung noch 50 Prozent drauf und empfingen die Prämien. Das habe ich an der Wandzeitung kritisiert. Als es bei Auflösung der Baustelle zur Verabschiedung kam, sagte mir ein Kollege: »Am Anfang haben wir uns über dich geärgert, ein Knüttel war schon bereit, aber dann haben wir gemerkt, daß du einer von uns bist.«

Arbeiter als Funktionäre

Gerade entgegengesetzt verlief die Entwicklung von Arbeitern, die als Genossen in eine Funktion berufen und bald zu einem Lehrgang delegiert wurden. Sie sollten Zusammenhänge verstehen lernen. Das war bitter nötig. Die Partei mußte nicht nur hundert Länder sehen, sie mußte auch hundert Jahre Geschichte mit ihren Weltkriegen überblicken, da hatte sich so mancher Arbeiter betören lassen, weil er froh war, endlich einen Arbeitsplatz zu finden: Er

Darf das Volk den Sozialismus wollen?

von Dr. Rainer Thiel

Fortsetzung aus der BBP vom November 2010. Dort waren die ersten Zeilen: »Das Volk will Sozialismus. Gelächter. Oder kein Gelächter? Will das Volk womöglich doch?«

dachte an den Lohn für seine Familie. Also baute er fleißig Autobahnen für schnelle Truppenverlegung, und Rüstungsfabriken und Kanonen baute er auch. Nach dem Krieg erzählte mir ein Arbeiter, wie er einen Raupenschlepper der schweren Artillerie gelenkt hatte. Darauf war er stolz. Mit Maschinen kann er umgehen, das imponiert mir. Doch was hatte er dabei gedacht? Ein anderer Kollege meinte in der Frühstückspause: »Wenn kein Kriech gewesen wär, wärn mir nie nach Paris gekomm.« Doch was hatte er dabei gedacht? In der Frühstückspause kam zur Sprache, was am Sonntag gegessen wurde. Da blieb mir wenig Zeit, um meinen Kollegen zu erläutern, daß Experten in der Industrie etwas mehr Gehalt bekommen müssen, damit sie nicht in den Westen abhauen. Als sich im Westen die Schaufenster füllten, hatten wir noch nicht mal einen funktionierenden Hochofen. Und als wir gemeinsam mit unsrer Besatzungsmacht noch hungerten, konnten Amerikaner Care-Pakete in ihren Besatzungszonen verteilen. Da mußte ich exakt überlegen, wie ich meine Worte setze. Immerhin hatte ich Abitur, viel Volkshochschule und fast sechs Semester Studium hinter mir, darunter Mathematik.

Wie soll aber nun ein Arbeiter in vier Monaten Lehrgang lernen, was zu lernen war? Er lernte Schlagworte, mehr war in der kurzen Zeit nicht möglich, und die Lehrer wußten selber nicht viel mehr. Mit den Schlagworten arbeitete der Arbeiter fortan als Funktionär. Die Arbeiter verstanden ihn nicht. Für sie war der Funktionär kein Arbeiter mehr. Das sehen sie noch heute so, im Jahre 2010. Sie fühlten sich verscheißert, neigten zum Mosern. Umso mehr klammerte sich der Funktionär an die fleißig aufgesogenen Schlagworte. So war er scheinbar Sieger, doch nur scheinbar. Und die Partei schwindelte sich weiter in die eigene Tasche. So spaltete sich die Arbeiterklasse aufs Neue.

Die Lehrer der Funktionäre hätten selbst viel lernen müssen. Dazu wurde auch Hochschulausbildung geboten, doch dort dominierte Karriere vor der Forschung. Einst war man angetreten: »Wenn wir nicht reden, redet der Klassenfeind.« Das habe ich auch gedacht. Aber im Laufe von fünf Jahren hätte das anders werden müssen: Jetzt müssen wir anfangen zu forschen, zum Beispiel in der Philosophie, im Fach »Wissenschaftlicher Sozialismus«. Und endlich die Klassiker studieren, denn wir kannten nur Bröckchen. Wer aber Professor werden wollte, hat sich vor den Apparatschiks geduckt, die nun auch im Apparat des Zentralkomitees zu herrschen begannen und an ihre Weisheit glaubten. Selbst das wenige, was auch Karrieristen richtig sahen, drückten sie rein akademisch aus.

So viel in Kürze: Kompression von Jahrzehnten auf hundert Zeilen, Kompression, daß es kracht. Das kann nicht ausbleiben, wenn jahrzehntelang um den heißen Brei herumgeredet wurde. Dann muß der Kragen platzen. In meinen Büchern habe ich alles genauer berichtet, mit vielen, vielen Nuancen und Erläuterungen. Auch Lichtlein habe ich positioniert, die ich für links halte. Heute scheint mir zum Beispiel Gesine Löttsch ein Lichtlein. Aber Ihr laßt Euch am liebsten über Südamerika informieren. Wollt ihr Sozialismus etwa importieren? Wollt Ihr auf Wunder warten? Habt Ihr die Alternative zum Wunder?

Drum laßt uns alles wagen

*Drum laßt uns alles wagen
nimmer rasten, nimmer ruhn
nicht nur dumpf, so gar nichts sagen,
und so gar nichts wollen tun.*

*Nur nicht brütend hingegangen
ängstlich in dem niedern Joch,
denn das Sehnen und Verlangen
und die Tat, sie bleibt uns doch!*

KARL MARY
(herausgesucht von Dieter Kempfert)

Mit den Bürgern reden?

Rede ich mit meinen Mitbürgern, muß ich beachten: Ihnen ist der Teller näher als Menschheit, Bundesrepublik und Grundgesetz, näher ist ihnen der heutige Tag als die Katastrophen vor ihrer Geburt. Da muß ich mir viel Zeit nehmen, um Verständnis zu erlangen. Unter ihnen bin ich weit und breit der einzige Mensch mit Hochschulabschluß. Doch eure Mitglieder sitzen in ihren Versammlungen und befassen sich mit sich selber. daß die Soziale Bewegung Land Brandenburg auch schon mal Gäste aus allen linken Parteien angezogen hatte, war wie ein Wunder. Doch daß wir auf dem Marktplatz einer Großstadt auch die Internationale gesungen haben, das hat Eure Zeitung verschwiegen. Nun also, Mitglieder der Linkspartei, fangt an, in aller Öffentlichkeit den Weg zum Sozialismus zu erläutern. Dann kann ich das Wort »Tabu« im Titel meines neuen Buches zurücknehmen. Dann heißt es pur: »Allmähliche Revolution«.

Von Rainer Thiel erschien 2009 »Allmähliche Revolution – Tabu der Linken. Zwei Arten Abstand vom Volk: Auf Wunder warten.... und 'Gebt eure Stimme bei uns ab'«
2010 erschien von Rainer Thiel »Neugier – Liebe – Revolution. Mein Leben 1930 – 2010«.

Alleenschutz nicht verwässern

Eberswalde (b90/bbp). »Die Behauptung, die Volksinitiative 'Rettet Brandenburgs Alleen' und die Fraktion der Grünen im Landtag würden eine Nachpflanzpflicht für gefällte Bäume an gleicher Stelle fordern, ist falsch«, sagt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/die Grünen im Brandenburger Landtag Axel Vogel zu Äußerungen des Barnimer FDP-Landtagsabgeordneten Gregor Beyer. »Die Forderung lautet vielmehr, daß jeder aufgrund der Verkehrssicherungspflicht gefällte Baum 1:1 durch einen neuen ersetzt werden muß. Dies soll verhindern, daß der Bestand an Alleebäumen in Brandenburg in den kommenden Jahren drastisch reduziert wird. Der Ort der Pflanzung kann individuell bestimmt werden. Dabei können genauso gut neue Alleen angelegt wie größere Lücken in vitalen Alleen geschlossen werden.«

Der FDP-Politiker Gregor Beyer hatte zuvor wiederholt behauptet, daß durch das Nachpflanzen von Bäumen eine Mischung der Altersstruktur in der Allee entstehen würde, die den Charakter der Alleen schaden könne. Er unterstützt den Plan der Landesregierung, die Anzahl der jährlich gepflanzten Alleebäume auf 5000 zu begrenzen. Weiterhin forderte er zur Finanzierung der Nachpflanzung Mittel aus Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu verwenden und lobte den Landkreis Barnim, der ein Alleekonzept erstellt habe. Axel Vogel betonte hingegen: »Die Zahl der neu zu pflanzenden Bäume muß der Zahl der gefällten Bäume entsprechen und darf nicht auf 5000 begrenzt werden. Die Finanzierung der Nachpflanzung der aufgrund von Verkehrssicherungsmaßnahmen gefällten Bäume muß weiterhin durch Mittel des Landesbetriebes Straßenwesens erfolgen. Lediglich die Fällung von Alleebäu-

men aus anderen Gründen, wie z.B. Baumaßnahmen, sei nach dem Prinzip Ausgleich und Ersatz zu behandeln.«

Der Eberswalder Stadtverordnete und Baumschützer Dr. Andreas Steiner erinnerte zudem noch einmal an die großen Konflikte im Landkreis Barnim beim Alleenschutz: »Nur zu gut erinnern sich die Barnimer noch an die wunderschöne Allee an der L 29 zwischen Rüdnitz und Danewitz, die der Landkreis Barnim 2007 fällen lassen wollte. Nur mit größter Anstrengung konnte diese unsinnige Naturzerstörung verhindert werden.« Der Auffassung, daß Nachpflanzungen den Charakter der Alleen gefährden könnten, widerspricht Dr. Steiner, der Mitbegründer der oben genannten Volksinitiative ist, vehement: »Die Forderung einer homogenen Altersstruktur für alle Alleen ist ein Wunschdenken. Es wird im 'Leben einer Allee' immer Ausfälle geben, die ersetzt werden müssen. Die Jungbäume schaffen es dabei erfahrungsmäßig durch ihr überproportional schnelles Wachstum, die Lücken schnell zu schließen. Nicht nachzupflanzen würde bedeuten, Alleen zu fragmentieren und der Fällung preiszugeben.«



Nachpflanzungen in lückigen Alleen funktionieren hervorragend und geben trotz des unterschiedlichen Alters der Bäume ein harmonisches Bild ab. Im Bild die Roteichenallee an der Rudolf-Breitscheid-Straße nahe des Werner-Forßmann-Krankenhauses Eberswalde.

Tausend Euro für »Biosphäre unter Strom«

Eberswalde (b90). Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Die Grünen unterstützt die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« mit einer Geldspende in Höhe von 1.000 Euro. Das Geld stammt aus Spenden und Beiträgen von Kreisverbandsmitgliedern und dient der Finanzierung von Gutachten im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur so genannten Uckermarkleitung. »Die Bürgerinitiative hat bisher hervorragende Arbeit geleistet und mit großem ehrenamtlichen Einsatz viel auf die Beine gestellt. Wir freuen uns deshalb, sie mit diesem Betrag auch finanziell unterstützen zu können«, erklärte Kreissprecher Karl-Dietrich Laffin.

Die Beteiligungsfrist im Planfeststellungsverfahren für die geplante 380-kV-Freileitung von

Neuenhagen nach Bertikow in der Uckermark endete am 27. September. Dank der Mobilisierung durch die BI sind allein aus dem Biosphärenreservat mehr als 500 Einwendungen bei der zuständigen Behörde eingegangen. Die Bürgerinitiative ließ vier Fachgutachten zu dem Projekt von namhaften Experten erstellen. Betroffene Bürger und Kommunen konnten die Gutachten im Beteiligungsverfahren nutzen. An der Finanzierung der Gutachtkosten in Höhe von rund 67.000 Euro beteiligten sich die Städte Angermünde und Eberswalde, der Landkreis Barnim sowie die Gemeinden Chorin, Ziethen, Melchow und Sydower Fließ. Ein beachtlicher Teil der Kosten muß jedoch durch Spenden von Bürgern und Unternehmen gedeckt werden.

Contra Seen-Privatisierung

Fast ein Dutzend Gewässer in den Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland befinden sich noch in Bundeseigentum. Im Barnim sind dies u.a. der Große Grumainsee, der Rosinsee, der Kuhpanzsee sowie der Krugsee, in Märkisch-Oderland der Griepensee, der Zepernicksee, der Galgsee, der Burgsee und der Dolgensee. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE forderte in der laufenden Haushaltsdebatte die kostenlose Übertragung der Seen und Gewässer in Bundeseigentum an Länder und Kommunen und hat dazu einen Änderungsantrag (Drs. 17/3851) eingebracht, über den am 26. November namentlich abgestimmt wurde. Der Antrag verlangt klipp und klar, daß die aus der Übergabe entstehenden Kosten zu Lasten des Bundeshaushalts gehen. Damit, wäre insbesondere der von der Bundesregierung angestrebten Seenprivatisierung in den neuen Ländern endgültig der Boden entzogen worden. Gegen den Verkauf haben sich tausende Bürgerinnen und Bürger in Petitionen ausgesprochen. Mittlerweile denken auch viele Abgeordnete anderer Fraktionen so. Diesen wollten wir Gelegenheit geben, sich klar zu positionieren.

Mit dem Vorstoß will Die LINKE auch die laufenden Gespräche von Bund und ostdeutscher Bundesländer um die Zukunft bundeseigener Seen und Gewässer beschleunigen. Seit einiger Zeit geht es bei den Verhandlungen nicht voran, still ruht der See. Die Bundesregierung beharrt nach wie vor auf einer Paketlösung, die die Länder viel Geld kosten soll. DIE LINKE hingegen bleibt klar bei ihrer Forderung nach einer kostenlosen Übertragung.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Der Änderungsantrag wurde in der Schlußabstimmung zum Haushaltsetat am 26. November von der Bundestagsmehrheit abgelehnt.

Großbetriebe nicht bestrafen

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt die von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos am 18. November vorgeschlagene Verbindung von Direktzahlungen an Landwirtschaftsbetriebe mit ökologischen Leistungen. Das wird zu einer besseren gesellschaftlichen Akzeptanz der Agrarförderung und zu einer nachhaltigeren Ausgestaltung der Landnutzung führen. Das ist möglich, ohne zusätzliche Bürokratie zu verursachen. Aber auch die zweite Säule der Agrarförderung, mit deren Hilfe die Entwicklung des ländlichen Raumes unterstützt wird, muß weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Kritisch sehen wir dagegen die Absicht der EU-Kommission, große Agrarbetriebe bei der Agrarförderung zurückzusetzen. Damit wären ostdeutsche Betriebsstrukturen per se benachteiligt. Denn die Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl hängen nicht von der Betriebsgröße ab, so daß die Betriebe unabhängig von ihrer Größe gleich behandelt werden müssen.

Eine frühe organisierte gewaltlose Protestbewegung im modernen Europa mit nationalem und sozialem Hintergrund führte die 1879 gegründete Landliga 1880 unter Leitung von **Charles S. Parnell** gegen die exzessive Ausbeutung irischer Pächter durch englische Grundherren. Manche von ihnen wurden zum Verlassen Irlands gezwungen, so ein Gutsverwalter, dessen Namen seitdem eine wirksame Kampfform der Iren trägt – Charles Boycott. Die Ereignisse in Irland haben Tolstois Denken vermutlich unmittelbar beeinflusst. In Rußland jedoch ist bereits der erste Ansatz einer gewaltlosen Massenbewegung am Blutsonntag im Januar 1905 gescheitert, als die Bittprozession Petersburger Arbeiter unter Führung des Popen Gapon zusammengeschossen wurde. Das Gemetzel an streikenden Arbeitern auf den Goldfeldern an der Lena (1912) und die blutig niedergeschlagene Julidemonstration in Petersburg (1917) ließen einem friedlichen Wandel in Rußland keine Chance.

Noch zu Lebzeiten Tolstois führte der junge Rechtsanwalt **Mohandas Karamchand Gandhi** 1906 erfolgreich die Protestbewegung der Inder in Südafrika gegen Rassendiskriminierung, indem er mit den Mitteln der *Ahimsa* (Gewaltlosigkeit, Frieden, Versöhnung) und *Satyagraha* («Wahrheitsdienst», ziviler Ungehorsam, non-cooperation) die britische Kolonialverwaltung unter Druck setzte. Gandhi kannte den Kampf der Iren, fand aber auch in buddhistischen Traditionen Indiens Anknüpfungspunkte. Mit dem Salzmarsch von 1930 unter Führung des Mahatma, gegen die Salzsteuer gerichtet, erlebte diese Bewegung in Indien ihren absoluten Höhepunkt an Geschlossenheit und Opferbereitschaft.^{1,2}

Viele tausende gingen in die Gefängnisse. Gandhi stand auf dem Gipfel der Verehrung, Jünger strömten ihm aus aller Welt zu, wie seinerzeit Tolstoi. Aber Indiens Beispiel zeigte nicht nur Möglichkeiten, sondern auch Grenzen gewaltloser Bewegungen. Gandhis Protestfasten konnte die schrecklichen Gewaltausbrüche während der Teilung Indiens 1946/48 nicht stoppen. »Es wird uns nicht glücken, vollständig nichtgewaltsam in unserem Tim, Reden und Denken zu sein, aber wir müssen doch Nicht-Gewalt (non-violence) als Endziel betrachten und unablässig darauf hinschreiten...« An Chinas Regierungschef Tschiang-kaishek schrieb er 1942: »Ich muß aber feststellen, daß Indien als Ganzes heute diesen Glauben und dieses Vertrauen [an Nicht-Gewalt] nicht hat, und die Regierung in einem freien Indien würde aus den mannigfachen Elementen, aus denen die Nation besteht, gebildet werden.« Die von Gandhi geführte Bewegung hat das Kolonialregime zum Einsturz gebracht, doch trugen auch der Aufstand der indischen Flotte (1946) und die Erhebung im Roten Fort von Delhi zur Unabhängigkeit bei.

Die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA berief sich auf die Iren, vor allem aber auf Indien und die dortige Rassenproblematik. Mit Stolz schrieb **Martin Luther King** 1963 über die

Tolstoi. Tod eines Dichters

Teil 2: Gewaltlose Bewegungen – Bedingungen und Grenzen

Bald nach Tolstois Tod stürzte Europa in einen Strudel imperialistischer Kriege. Während des 1. Weltkriegs wurden namhafte Vertreter des Pazifismus und der proletarischen Friedensbewegung verfolgt oder ins Exil getrieben. War die Idee des Pazifismus tot?

Proteste von Birmingham: »Sarah Turner schloß den Küchenschrank und ging auf die Straße, um zu demonstrieren; John Wilkins brachte den Aufzug zum Stillstand und reichte sich in das Heer der Gewaltlosen ein; Bill Griggs trat auf die Bremse seines Lastwagens und ließ ihn am Straßenrand stehen; Reverend Arthur Jones führte seine Gemeinde auf die Straße, um bald darauf im Gefängnis Gottesdienst zu halten. Was Parlamente und Staatsmänner, was Könige und Kanzler, was Filmstars und Sportgrößen taten, alles verschwand von den Titelseiten, um für die geschichtlichen Taten der Hausangestellten, der Chauffeure, der Aufzugführer und der Geistlichen Platz zu machen.«³

Birmingham war eine Etappe im Kampf gegen Rassendiskriminierung und soziale Benachteiligung. Davor gab es schon den erfolgreichen Busboykott von Montgomery und die Proteste in Albany. »Jeder zwanzigste Neger ging [dort] freiwillig ins Gefängnis«. Optimistisch schrieb King: »Wenn dieser Prozentsatz in New York erreicht würde, würden etwa fünfzigtausend Neger die Gefängnisse der Stadt überfluten. Wenn ein Volk erreicht, daß fünf Prozent aus seinen Reihen bereit sind, sich für eine gerechte Sache einsperren zu lassen, kann bestimmt nichts ihren endgültigen Sieg verhindern.« Ein günstiger Anlaß mobilisierte 1963 die Farbigen. Sie wollten nicht hinnehmen, daß der 100. Jahrestag von Lincolns formeller Sklavenbefreiung vom weißen Establishment an der sozialen Wirklichkeit vorbei gefeiert wurde. Höhepunkt der Bewegung wurde im August der eindrucksvolle

Marsch auf Washington, der schließlich die zögerliche Kennedy-Regierung veranlaßte, mit der Gesetzgebung gegen Rassendiskriminierung Ernst zu machen.

Arbeitskämpfe und Generalstreiks sind schon lange geübte i.e.S. gewaltlose Kampfformen. Neuere Beispiele für klassenübergreifende gewaltlose Proteste in Deutschland – die Demonstrationen vom Herbst 1989, die Antiatombewegung, Stuttgart 21 – zeigen: diese Kampfformen bleiben aktuell, ihre Bedeutung wächst sogar, ihre Anwendung wird vielfältiger. Betrachten wir kurz die Bedingungen für ihre Erfolge.

* Stets (außer Deutschland) waren nationale/ethnische mit gemäßigt sozialen Forderungen verbunden. *Irland*: Homerule (Selbstverwaltung), Agrarreform; *Indien*: Unabhängigkeit, soziale Umgestaltungen (Landreform, Aufhebung der sozialen Diskriminierung der »Unberührbaren«); *USA*: Beseitigung von Rassendiskriminierung und sozialer Benachteiligung. Nirgends gab es aber konsequent anti-kapitalistische Zielstellungen. Diese eher unscharfe Programmatik war geeignet, breite Bevölkerungsschichten über spezifische Klasseninteressen hinaus zu mobilisieren und zu (begrenzten) Erfolgen zu führen.

* In Irland und Indien war die Agrarfrage neben der nationalen das bestimmende Moment. Gandhi sah wie Tolstoi im Denken, in der Lebens- und Wirtschaftsweise der Bauern und Handwerker das Ideal, in der Rückkehr zu ihr



Das Haus von Alfred Daniel King, dem jüngeren Bruder von Martin Luther King, am 12. Mai 1963. Die Attentäter wurden nie gefaßt. A. D. King starb 1969 unter ungeklärten Umständen im Schwimmbad seines Hauses, obwohl er als guter Schwimmer bekannt war.

das (illusionäre) Ziel und die Antwort auf die Verwerfungen der kapitalistischen Gesellschaft: »Die fortschreitende Industrialisierung des Lebens durch die Maschine ist die große Sünde. Sie versklavt die Völker.«² Der Rassenprotest in den USA wurde dagegen von der Stadtbevölkerung eines entwickelten Industrielandes getragen und fand in King einen weitblickenden Führer. Für ihn war die enge Verbindung zur organisierten Arbeiterklasse Vorbedingung des Sieges der »Negerrevolution«. King genügte nicht das formelle Verbot der Rassendiskriminierung. Unter Hinweis auf die Maßnahmen Nehrus in Indien zugunsten der »Unberührbaren« forderte er gezielte Besserstellung benachteiligter Schichten, so bei gleicher Befähigung Arbeits- und Studienplätze vorzugsweise für diese (das kannten wir auch in der DDR).

* Alle Bewegungen standen mehr oder weniger unter dem Einfluß religiöser Ideologien, die integrierend, disziplinierend und mobilisierend wirkten. Sie nutzten organisatorische und kommunikativ-technische Möglichkeiten der beteiligten Religionsgemeinschaften und bezogen z.T. ihre Führer von ihnen (Ausnahmen: Irland, deutsche Beispiele). Die Erfolge in Indien und den USA wurden unter dem Einfluß überragender, charismatischer Führer erzielt, die in ihrer Bewegung aufgingen und an den Erfolg der gewaltlosen Proteste glaubten (beide – Gandhi und King – kostete dieser Einsatz das Leben).

* Gewaltlose Proteste waren stets umgeben von Gewalt. Gegner setzten auf brutale Polizeigewalt und Terror bis hin zu Bombenanschlägen auf Kinder in Birmingham und zu Morden an Führern. Auch die Proteste selbst begannen oft mit spontaner Gewalt (in Irland) oder gingen zu dieser über (die brennenden Negerghettos nach dem Mord an King). Gewaltlose Kampfformen erfordern ein hohes Maß an Bewußtheit und Disziplin, so daß King regelrechte Ausbildungskurse für gewaltlosen Kampf organisierte.

* Die überzeugendsten Erfolge erzielten gewaltlose Kämpfe in Ländern mit angelsächsischem Rechtssystem. Dort bieten Rechtstraditionen und Erfahrungen (Habeas-Corpus-Act, koordinierter Kampf Straße-Parlament-Gerichte) dafür anscheinend günstige Bedingungen. Nirgends wurden allerdings grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erreicht und die Ursachen für die sozialen Mißstände wirklich beseitigt. Aber gewaltlose Kampfformen können breite Schichten an die Schwelle zu solchen Veränderungen heranzuführen. Es wäre daher falsch, friedliche oder gewaltsame Kampfmethoden zu verabsolutieren.

ROLF RICHTER,
Bündnis für den Frieden Eberswalde.

Literatur:

- 1 – NEHRU, Jawaharlal, Indiens Weg zur Freiheit. Berlin/DDR 1957.
- 2 – NEHRU, S. S., Gandhi. Sein Leben und Werk. Köln/Hagen 1949.
- 3 – KING, Martin Luther, Warum wir nicht warten können. Berlin/DDR 1965.

Partner können Freunde sein

Als wir uns das erste Mal trafen, wußte keiner vorher voneinander. Der eine war Generaldirektor eines großen Chemiefaserkombinates. Der andere Dolmetscher der Delegation eines Schwesterbetriebes aus der DDR. Das Meeting im weißrussischen Mogiljow war nach längerem Schriftverkehr auf Kombinatsebene mit dem Ziel des Abschlusses eines Freundschaftsvertrages zwischen Arbeitskollektiven zweier Betriebe unter der Devise »Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition« vereinbart worden. Voll großer Spannung betraten die Teilnehmer unserer 12-köpfigen Delegation unter Leitung des Direktors des Chemiefaserwerkes der DDR das Gelände des Schwesterbetriebes in Belarus. Natürlich war ein geeignetes Besuchsdatum ausgewählt worden. Es war die Woche um den 7. Oktober 1977. Die ersten Tage gehörten dem gegenseitigen Bekanntmachen mit den Produktionsabteilungen und einigen fachspezifisch passenden Arbeitskollektiven. Dafür brauchte man keinen Dolmetscher. Die Kolleg(Inn)en vor Ort verstanden sich unter Zuhilfenahme etlicher deutsch-russischer Vokabeln und Gesten problemlos. Der Grundgedanke, mit seinen Produktionsleistungen die besten Ergebnisse zu erzielen und die gesammelten Erfahrungen freundschaftlich vorbehaltlos dem anderen mitzuteilen, war auf beiden Seiten der gleiche. Die Arbeitspausen dienten dem persönlichen Gespräch über Familie, Wohnung, Urlaub und alles was so interessierte.

Indessen wirkten die Leitungsmitarbeiter und der Dolmetscher an der Präzisierung des Freundschaftsvertrages. Spannend waren die Passagen der Verpflichtungen, die den ökonomischen und ideellen Nutzen gegenseitiger Besuche abrechenbar ausweisen sollten. Wie kann man als einzelner an einer Bandstraße auf das Betriebsergebnis durch seine persönliche Leistung Einfluß nehmen? Denn: Kollektiv der »Deutsch-sowjetischen Freundschaft« zu werden, hieß nicht nur möglichst viele organisierte Mitglieder der gleichnamigen Gesellschaft zu haben, sondern insbesondere mit besten Produktionsleistungen aufzuwarten.

Schließlich waren für jede Seite die gleiche Anzahl vergleichbarer Abrechnungspunkte zusammengetragen und den Vertretern beider Arbeitskollektive zur Begutachtung vorgelegt worden. Der große Moment der Vertragsverkündung und Unterzeichnung rückte heran. Es war der 7. Oktober, unser beider Feiertag, wie sich erwies. Tag der neuen »Verfassung der UdSSR« und der »Gründung der DDR«.

Unsere Gastgeber hatten sich für diesen Akt etwas Besonderes ausgedacht, was wir aber nicht wußten. Am Morgen lud die Betriebs-Gewerkschaftsleitung zum festlichen Frühstück in das große Kulturhaus des Kombinates ein. Mindestens 50 Beteiligte hatten an der Uförmig aufgestellten reich gedeckten Tafel Platz genommen. Den ersten Toast auf unsere Delegation und die Freundschaft in Aktion brachte

der Vorsitzende der BGL aus und eröffnete damit das Frühstück. Dann ging es reihum. Der Dolmetscher kam wenig zum Essen, mußte aber stets den Pokal mit der hochprozentigen Flüssigkeit auch leeren. Darauf wurde peinlich genau geachtet. Nach etwa 2 bis 3 Stunden war die Prozedur beendet. Wer der letzte Redner war, weiß der Dolmetscher heute nicht mehr. Aber mit dem Ende des ausgiebigen Frühstücks war auch der Vertrag unter Dach und Fach. Das letzte Wort hatte der Kombinatdirektor, Pavel Nikolajewitsch, der gleichzeitig Mitglied des Stadtsowjets war, indem er zum großen Meeting am Nachmittag in die Stadthalle Mogiljow einlud.

Etwa 600 Stühle hatte der Saal. Wir saßen irgendwo inmitten der Mogiljower Gäste und freuten uns eigentlich, nicht im Mittelpunkt zu stehen(!). Die Freude über eine Verschnaufpause war verfrüht. Die Festrede war gehalten. Zwei weitere Prominente hatten auf die besondere Bedeutung des Tages hinsichtlich der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Werkträgern der Schwesterbetriebe in Belarus und der DDR verwiesen, als die Aufforderung an unseren Betriebsdirektor erging, zu den Anwesenden zu sprechen. Wir, Direktor und Dolmetscher, schauten uns beide verdutzt an. Was sollten wir, völlig unvorbereitet, noch in bester »Frühstückslaune«, tun?

BD Hermann zu Dolmetscher Helmut: »Hilft nichts, jetzt müssen wir ran!« Wir schlängelten uns unter Riesenapplaus durch die dicht besetzten Stuhldreihen zum Rednerpult auf die Bühne. Hermann sprach und Helmut übersetzte Satz für Satz. Standing Ovation und im Publikum angestimmter Gesang »...Drusja na wetshno, drusja na wetshno, DDR i Sowjetski Sojus!«, waren beeindruckend.

Pavel umarmte Hermann und Helmut. In den Sitzreihen umarmten sich die Mogiljower mit unseren Delegationsmitgliedern. Die Freundschaft war geschlossen, sie war persönlich und herzlich und das blieb auch so, bis Glasnost und Perestroika die Bande zerrissen.

Nachwort: Da las ich nun kürzlich von einem Partnerschaftsvertrag zwischen Kassel und Novy Urengoi, ursächlich initiiert von der Firma Wintershall Kassel, die ihre Fühler (mit 50%-Beteiligung) nach den reichen Erdgasvorkommen im fernen Nordwesten Sibiriens ausstreckt. Ich bezweifle, ob es unter solcherlei rein ökonomischen Befindlichkeiten dabei auch zu Freundschaftsbekundungen kommen wird, wie wir sie erlebt haben.

Sibirien ist nicht Belarus, aber das tut in diesem Fall nichts zur Sache. Unser neuer Freund, den wir, wie im Juni berichtet, in Eberswalde angetroffen haben, stammt aus Novy Urengoi. Noch ist die postalische Verbindung nicht hergestellt. Ein Schreiben an den Bürgermeister der Stadt ist der nächste Schritt.

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e. V.

In Afghanistan will man angeblich Hilfe und Unterstützung geben, doch in Wirklichkeit geht es nur um Macht und Einfluß in dem Land. Nach mehr als 30 Jahren Bürgerkrieg sehen die Menschen in Afghanistan, daß die ins Land gekommenen »Befreier« nur eine weitere Bürgerkriegspartei sind, die den Krieg verlängern. Inzwischen haben sie erfahren, daß auch die Soldaten der Bundeswehr mit ihrem anfänglichen Helfer-Image »über Leichen gehen«. Eine solche »Hilfe« wollen die Afghanen nicht. Solange sich dort ein fremder Soldat aufhält, wird es keine Ruhe geben.

Uns wird erzählt, der Bundeswehreininsatz sei so eine Art Entwicklungshilfe. Doch langsam kommt die Katze aus dem Sack. Scheibchenweise wird zugegeben, daß die deutschen Soldaten am Hindukusch Krieg führen. Viel weiter weg von Deutschland als Stalingrad. Auch damals kamen die Wahrheit über den Krieg und die Verlustmeldungen nur scheinbarweise in der Heimat an. Die deutsche Wochenschau im Kino brachte immer neue Siegesmeldungen von der Front, auch als es längst rückwärts ging. Wir erfuhren damals nichts vom eingekesselten Leningrad, wo hunderttausende Menschen verhungerten, verdursteten und erfroren, weil deutsche Soldaten in fremdem Land Krieg führten. Lügen damals, wie heute.

Siegesmeldungen gibt es auch heute aus Afghanistan. So sollen »nach der erfolgreichen Offensive der Bundeswehr im nordafghanischen Un-

Raus aus Afghanistan!

ruhedistrikt Char Darah« die deutschen »Aktivitäten gegen die Taliban« auf weitere Regionen ausgeweitet werden (MOZ, 17.11.2010). Siege werden verkündet und weitere »Offensiven« angekündigt. Der Mord an Zivilisten wird in der Propaganda zur Liquidierung Aufständischer oder als »Kollateralschaden« umgedeutet.

Inzwischen setzt die militaristische Propagandamaschinerie auf den Gewöhnungsfaktor. In die Presse werden Artikel lanciert, in denen der Krieg der Deutschen in Afghanistan als Normalität geschildert wird, unterlegt mit mitleiderregenden Darstellungen über die »Mängel bei der Ausrüstung« der Soldaten (»Kampfsoldaten kaufen Helme selbst«, MOZ, 2.11.2010). So wird ganz nebenbei und unterschwellig auch noch die altbewährte Parole »Kanonen statt Butter« unter die Leute gebracht.

Die Wahrheit von Stalingrad und Leningrad haben wir erst viel später erfahren, als es für uns Deutsche zu spät war. Bei uns Älteren ist die Erinnerung noch sehr gut. Wir wissen, wie schuldig sich Deutschland gemacht hat in den 12 Jahren faschistischer Herrschaft. So etwas darf sich nicht wiederholen.

Mit dem Überfall auf den Sender Gleiwitz, der Vorwand für den Überfall auf Polen und Beginn des 2. Weltkriegs, war die Irreführung für das deutsche Volk vorprogrammiert. Ähn-

lich wie heute. Die meisten Deutschen wollten ja von den Kriegsgeschehnissen nichts gewußt haben und schon gar nichts davon, was in den KZ passiert ist. Die Taktik der Kriegführung ändert sich, aber die Ziele entsprechen immer den Interessen der kapitalistischen Kriegsgewinnler.

Heute können wir nicht mehr sagen, das haben wir ja nicht gewußt. Ich glaube, auch diesmal werden vor allem die einfachen Menschen auch in unserem Land die Folgen tragen müssen. Sei es, indem sie ihre Kinder im fernen Land dem Moloch Krieg opfern oder, und das in jedem Fall, die Kriegskosten zu tragen haben. Auch die aktuelle Terrorhysterie geht mit den verbundenen Einschränkungen der Demokratie und dem Ausbau des Überwachungsstaates zu Lasten des Volkes. Und wenn tatsächlich jemand diese lang und breit populär gemachten Terrorideen nachvollziehen sollte – im Bedarfsfall kann man's auch selber (»Celler Loch«) – sind wieder einfache Menschen die Opfer. Unschuldige. Die sich wieder mal einlullen und übers Ohr hauen ließen.

Warum ist es so schwer, aus der Geschichte zu lernen? Bessere Helme helfen »unseren Jungs« nicht. Es hilft nur eins: Bundeswehr raus aus Afghanistan!

NORBERT GLASKE

Rentenüberleitung

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat erneut die Initiative ergriffen und nach einem im Mai des Jahres eingereichten Gesamtantrag zur Korrektur der Rentenüberleitung nun für alle Probleme einzelne Anträge eingereicht.

Die insgesamt 18 Anträge zielen auf die Überwindung der Ungerechtigkeiten, die in der Rentenüberleitung Anfang der 90er Jahre ihren Ursprung haben. Geschiedene Frauen, Krankenschwestern, Balletttänzer/innen, Ingenieur/innen, Professor/innen, Polizist/innen und weitere Gruppen sind davon bis heute betroffen. Besonders viele Frauen befinden sich aufgrund von Überführungslücken in einer schwierigen finanziellen Situation. 20 Jahre nach Herstellung der Einheit ist es höchste Zeit, die Lebensleistungen der Ostdeutschen im Rentenrecht anzuerkennen. Zum Thema Rentenüberleitung befinden sich derzeit mehr als 1.100 Petitionen im Petitionsverfahren.

Obwohl Abgeordnete anderer Fraktionen und auch die Kanzlerin im Wahlkampf 2009 die Hoffnung genährt hatten, wenigstens ein Teil der Probleme zu lösen, ist bis dato nichts geschehen. Seit die Fraktion im Mai mit ihrem Antrag eine Problemlösung einforderte ist nichts geschehen. Offensichtlich brauchen speziell die Regierungsfractionen von Union und FDP erneut eine Gedächtnisstütze. Diese liegt nun in Form von 18 weiteren Anträgen zu jeder Detailfrage vor.

SABINE STÜBER

Aus Afghanistan nach Bernau:

Das wahre Gesicht des Krieges



Das wahre Gesicht des Krieges in Afghanistan zeigt jetzt eine neue Ausstellung im Bürgerzentrum der LINKEN in Bernau. Zu sehen sind Bilder unschuldiger Opfer, von Männern, Frauen und Kindern, die am 4. September 2009 bei dem von einem Bundeswehr-Offizier befohlenen Angriff auf zwei Tanklaster bei Kunduz ums Leben kamen.

Bei der Eröffnung berichtete Dr. Dagmar Enkelmann (MdB), wie die Ausstellung entstand. Ihre Fraktionskollegen Christine Buchholz und Jan van Aken hatten – als erste Bundestagsabgeordnete überhaupt – die Angriffsregion bei Kunduz besucht und sich dort mit Familien und Freunden der Opfer getroffen. Die beiden Abgeordneten der LINKEN kennen viele der Menschen, deren Schicksal in der Ausstellung geschildert wird, persönlich – den Bauern, dem

beim Angriff ein Arm abgerissen wurde und der nun nicht mehr als Bauer arbeiten kann; oder die Verwandten dreier Kinder, die trotz Verbots zu den Tanklastern ausgebüxt waren und deren Familien am nächsten Morgen fassungslos vor drei toten Kindern standen; Frauen, die ihre Männer verloren, und die mit der bisher ausgehandelten Entschädigung für sich und ihre Kinder kein neues Leben aufbauen können.

Dagmar Enkelmann bekräftigte die Forderung der LINKEN nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Sie erinnerte auch an die mehrfachen Bemühungen der LINKEN, im Bundestag, der das Bundeswehr-Mandat in Afghanistan beschlossen hat, ein Gedenken an die Opfer zu initiieren. Alle diese Versuche seien bisher an der Ablehnung durch alle anderen Fraktionen gescheitert, betonte sie. »Man will dieses Gedenken nicht.« Den Jahrestag des Angriffs am 4. September selbst hatte DIE LINKE zum Anlaß genommen, um die Opfer in einer Gedenkveranstaltung in Berlin-Kreuzberg zu ehren.

Bis Mitte Februar haben Interessierte die Möglichkeit, die Ausstellung zu den gewohnten Öffnungszeiten des Bernauer Wahlkreisbüros von Dagmar Enkelmann (Mo, Die, Do, Fr 9-17 Uhr) zu sehen.

BÄRBEL MIERAU

Aus dem benachbarten Ausland: Sachsen

Am 22. November – es regnete – gab die Bundeswehr – es war spät am Abend – einen Großen Zapfenstreich am Dresdener Elbufer. Der Anlaß war die sich zum zwanzigsten Male jährnde »Überführung« der NVA in die Bundeswehr. Quasi ein Pendant zum Leipziger Fußballspiel anlässlich der Wiedergeburt der gesamtdeutschen Nationalmannschaft, die auch vor zweien Jahrzehnten passierte. Die Ostkader heimsten den Sieg ein; was hätte Heinz F. Oertel für eine überschäumende Reportage liefern können...

Fern von Kundus indes, aber voll unter Waffen und mit Schmackes im Schritt, paradierten einige hundert Heimatkrieger und ein perfekt dressiertes Orchester (ohne Wehr und Waffe) am Freiherrn mit den achtundzwanzig Rufnamen und am Präsidenten des sächsischen Landtags vorbei. Der war vorher als Bildungsminister nicht nur als Feind der deutschen Grammatik und Syntax, sondern auch als Banause in allen möglichen Bildungsangelegenheiten zur Witzfigur geworden, so daß seine Abschiebung in ein taubes Amt unumgänglich geworden war. Neben zu Gutenberg und Rößler wohnten dem Akt ein paar Obristen und ein paar Dutzend »geladener Gäste« bei, das Westfernsehen und die Elbe, die es sich versagte, mit einer großen Welle dazwischenzuwirbeln. Vom Finanzministerium, das den Background hergab, bis zu den nächsten Flußbrücken war die Bundespolizei »präsent« – alles, auch an Nebenstraßen – war so dichte umzingelt, daß einem automatisch nostalgische Bilder aus Güstrow in den Sinn kamen, von damals, als mitten in der Diktatur der jetzige Altkanzler domwärts zum Orgeln ging...

Viel Aufwand, der mit de irrigen Annahme zu tun hat, die Karabiner-Show könnte stänkernde Pazifisten in Regimentsstärke oder massenweise terroristische Unholde anlocken. Doch die lieben Dresdner sind in solchen Anlässen gelassen. Und nicht wenige neigen sogar zu einer gewissen Bravheit, die manchmal zur Devotheit entartet. Wenn sich die Schönen und Reichen samt Emmerlich und Stumpi alljährlich zum Opernball zusammenschließen – ein Viermannstisch liegt im Preis bei

mehr als einem Hartz IV – Monatsentgelt – und die Korken krachen und den Kaviar sich schmecken lassen, dann finden sich immer auch ein paar hundert Idioten ein, die auf dem Theaterplatz open-air umhertanzen zu den Klängen und Bildern, die große Monitore aus den Innereien der Semperoper übertragen. Nach draußen, wo es hundekalt ist. Das brosamelfressende Sperlingsvölkchen ist glücklich. Von Wien, wo der Pöbel den Opernball kräftig attackierte und aufwiegende Parolen brüllte, hatte man »diesbezüglich« noch nichts gehört. Und gebrüllt wurde in Dresden zuletzt, als Kohl im Wendejahr seine allesversprechende Rede hielt. Das minutenlange »Hääääalmuuud, Hääääääalmuuud...« steckt mir immer noch in den Ohren. Hatte ein pffiffiger und kecker Dresdner das Denkmal des starken August 1988 noch mit dem Vierzeiler

»Lieber August, steig hernieder
und regier die Sachsen wieder
und laß in diesen schweren Zeiten
lieber unsern Erich reiten...«

bemalt, hielt ein anderer Elbestädter ein Jahr später in Anbetungshaltung ein Plakat folgenden Textes dem Erlöser entgegen:

»Lieber Helmut, nimm uns an der Hand
und führ uns in dein Wirtschaftswunderland...«
So viel zur Zahmheit derer aus dem Tal der Ahnungslosen.

Auch anlässlich der anläßlichen Parade hatten sich – natürlich – einige Unverdrossene das Vergnügen nicht nehmen lassen und in zweibis dreistelliger Anzahl auf der Brühlschen Terasse eingefunden, dem einzigen Platz, von dem aus man dem Spektakel beiwohnen konnte in aller unabgesperrten Freiheit. Die Elbe und die steilen Sandsteinmauern waren Zeugs genug, eine Bedrohungssituation zu verhindern, sie verhinderten aber auch, daß, der Entfernung wegen, die vier »Bravo«-Rufe aus der Reihe der Enthusiasten das andere Ufer erreichten.

Die Ehre der Elbflorenzler haben ein paar »linke Extremisten«, »ewige Querulanten« (BILD) und »Hetzer« gerettet bzw. zu retten versucht. Klammheimlich hatten sich Studenten ein Lautsprecherauto besorgt, mit dem sie

über die Augustusbrücke fuhren, mal hin, mal her. Aus dem Lautsprecher ließen sie O-Ton Hitler und Goebbels dröhnen mit Zitaten zur Wehrmacht, zu Krieg und Frieden. Widerlicher Text, böse Lügen. Hingewiesen wurde so auf die Fragwürdigkeit militärischen Protzgebabes in unserer Zeit, auf das krude Traditionsverständnis der Bundeswehr und auf die andauernden Kriegseinsätze »unserer Jungs«. Das war zwar provozierend, aber unmißverständlich. Auf groben Klotz gehört grober Keil. Nur einer, der absichtlich mißverstehen will, kann Unrat wittern oder eine Pro-Nazi-Aktion dahinter vermuten.

Schließlich gelang es 50 – nach anderen Quellen 52 – Polizisten, das randalierende Auto einzufangen. Den Insassen droht eine Anklage wegen nazistischer Propaganda. Was waren das nochmal für Leute, die Pharisäer?

Dr. STEFFEN PELTSCH



Zwei Jahre nach Cäsars Tod nehmen wir es nun in Angriff und setzen die von ihm etablierte Tradition des jährlich in Leipzig stattfindenden Adventskonzertes fort:

Cäsar – semper fidelis

im Leipziger ANKER (Renftstraße 1)
am 18.12.2010, 20 Uhr (Einlaß ab 19 Uhr)

Karten: www.eventim.de, Anker (0341/9128327) oder Dake Event (0341/2118425).

CÄSARS SPIELER

und

GUNDERMANNs SEILSCHAFT | MORITZ GLÄSER
| LIMONCHIKI | BIG JOE STOLLE | NIEMANN

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen. Steigt ein am 18.12.2010!

SIMONE DAKE, cäsar music

Afghanistan - unbekanntes Land am Hindukusch

In der Aula der Fachhochschule Eberswalde fand am 9. November eine von unserem Kreisverband organisierte Vortragsveranstaltung mit dem Titel »Afghanistan – Unbekanntes Land am Hindukusch« statt. Während sich die Niederrheinischen Grünen bei ihrer Afghanistan-Veranstaltung am 30. April mit den Perspektiven des Einsatzes der internationalen Gemeinschaft beschäftigten und hierbei bemüht waren, mit herausragenden Referenten eine breite Palette des politischen Problemspektrums dieses Landes abzudecken, stand diesmal das Land und seine Menschen im Mittelpunkt des Interesses.

Der Soziologe Prof. Dr. Dr. Michael Daxner aus Oldenburg, ehemaliger Präsident der dortigen Universität, ist ein ausgewiesener Kenner Afghanistans. Mehrere Studien- und Arbeitsaufenthalte führten ihn in das ferne Land am Hindukusch. In seinem Vortrag, den er mit eigenen Bildern umrahmte, berichtete Prof. Daxner vor 25 erschienenen Interessierten über das Land, die Topografie, die historische Entwicklung, seine Kultur, aktuelle Probleme aber auch Zukunftschancen.

Von Ethnien über Stämmen bis Clans bis zu Art des Wirtschaftens und Denkungsart und

von Fortschritten bis Problemen mit verfehlten Beispielen von Entwicklungshilfe. Eine Entwicklungshilfe, die statt zu helfen tatsächlich das Gegenteil bewirkt, weil sie den Aufbau einheimischer Wirtschaftsstrukturen und Gelegenheit zum eigenhändiger Erwerbsarbeit hemmt.

Es wurde ein Bild eines Landes deutlich, das zu den Ärmsten in der Welt gehört, und mit seinen Bräuchen und Traditionen unserem Denken tatsächlich völlig fremd ist.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Sprecher des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Anzeige

Wir bedanken uns bei unseren Kunden und Geschäftspartnern für die sehr angenehme Zusammenarbeit im Jahr 2010.

16225
Eberswalde
Heegermühler Str. 64

MATZKOW
GmbH
25 33 0

Elektroinstallation

- Privat
- Gewerbe
- Kommune
- schnell
- preiswert
- zuverlässig

Angela Mätzkow
Dipl.-Elektroingenieur (FH)
Betriebs technischer Leiter

☎ 0 33 34 / 25 33 - 0
☎ 0 33 34 / 25 33 25
elektroinstallation-maetzkow@alice.de

Spenden für die Kleiderkammer

Eberswalde (sast/bbp). »Die Kleiderkammer kämpft ums Überleben«, war in der Märkischen Oderzeitung vom 29.10.2010 zu lesen. Weil zum Jahreswechsel die Förderungen durch die Programme »Stärken vor Ort« und »Lokales Kapital für soziale Zwecke« auslaufen, klafft in der Vereinskasse des im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde tätigen Trägervereins »Kleiderkammer und sozialer Service« (K.u.s.s.) eine Finanzierungslücke von 5.500 Euro.

Als die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) von der Notlage des Vereins erfuhr, entschloß sie sich spontan, 500 Euro für den Erhalt der Kleiderkammer zu spenden. »Der Erhalt der sozialen Kleiderkammer liegt mir

sehr am Herzen. Gerade im Brandenburgischen Viertel, das als sozialer Brennpunkt der Stadt Eberswalde gilt, ist eine solche Anlaufstelle wichtig. Nicht nur, daß man günstig das eine oder andere Bekleidungsstück bekommt, viele Menschen treffen sich dort auch mal nur so zum Stöbern und pflegen so ihre sozialen Kontakte«, meint Sabine Stüber. Am 8. Dezember übergibt sie in der Kleiderkammer einen symbolischen Scheck an den Vorsitzenden des Trägervereins, Hartwin Schulz. Weitere Spenden sagten bisher die Evangelische Kirchengemeinde Finow und die Kolpingsfamilie Eberswalde/St. Peter und Paul* zu. Auch der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn kündigte an, aus Mitteln seiner Aufwandsentschädigung als Aufsichtsrat der Technischen Werke Eberswalde die Kleiderkammer zu unterstützen.

* In der Kolpingsfamilie Eberswalde/St. Peter und Paul mit ihrem Vorsitzenden Ulrich Hampel engagieren sich 20 Mitglieder. Sie sind Teil des Kolpingwerks Deutschland, einem katholischen Sozialverband mit bundesweit über 263.000 Mitgliedern in mehr als 2.600 Kolpingfamilien. Es ist wiederum Teil des Internationalen Kolpingwerkes und des Kolpingwerkes Europa.

Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum

Zur traditionellen »Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum« lädt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann auf den Bernauer Weihnachtsmarkt am Donnerstag, dem 9. Dezember, von 16.30 - 18 Uhr ein.

MARGOT ZIEMANN

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Anzeige

Ein schöner Gruß vom Nikolaus!



Wußtest du schon, daß Nikolaus vermutlich seit 2.011 Jahren einen »befristeten Kettenarbeitsvertrag« von jeweils einem Tag im Jahr hat? Die ver.di-Rechtsabteilung ist derzeit bei der Überprüfung des Sachgrundes.

Nikolaus ist gestern übrigens ver.di-Mitglied.

Buchtip:

Kommt der politische Streik?

Veit Wilhelmy, Kommt der politische Streik? – Weitere Materialien zu einem Tabu Band 2, Fachhochschulverlag – Der Verlag für Angewandte Wissenschaften (Band 144), Frankfurt, 2010, 232 S., (ISBN 978-3-940087-53-9), 19 Euro
Band 1: Veit Wilhelmy, Der politische Streik Materialien zu einem Tabu, Fachhochschulverlag Der Verlag für Angewandte Wissenschaften (Band 143), Frankfurt, 2008, 148 S., (ISBN 978-3-940087-17-1), 16 Euro
Beide Bände zum Thema Politischer Streik können unter veit.wilhelmy@t-online.de gegen Rechnung versandkostenfrei bestellt werden. Weitere Informationen unter: www.veit-wilhelmy.de/43034.html und [.../43345.html](http://43345.html).

VEIT WILHELMY

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Archiv (R.R.), R. Kanthak, Markmann, Mätzkow, Mierau, Steiner

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionschluß: 1. Dezember 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.1.2011, 12 Uhr.